

Deutsche Stellungnahmen zur Überarbeitung der EU-Beihilfevorschriften für die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei (Stand: 28. Februar 2022)

Die Europäische Kommission hat alle Interessenträger aufgerufen, zu den von ihr vorgeschlagenen überarbeiteten Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrar-, Forst- und Fischereisektor Stellung zu nehmen. Die Mitgliedstaaten und andere Interessenträger können bis zum 13. März 2022 an der Konsultation teilnehmen. Nähere Informationen sind unter https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2022-agri_en zu finden.

Die Bundesrepublik Deutschland übermittelt der Europäischen Kommission folgende Änderungsvorschläge:

Inhalt

1. MITTEILUNG DER KOMMISSION - Genehmigung des Entwurfs einer Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter **Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten** mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission.....~~23~~
2. MITTEILUNG DER KOMMISSION - **Rahmenregelung** für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten~~4630~~

1. MITTEILUNG DER KOMMISSION - Genehmigung des Entwurfs einer Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter **Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten** mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
S. 6	Erwägungsgrund (24 a) neu	Etablierung von Verfahren bei der Futterwerbung, -konservierung und -lagerung sowie der Tierernährung und Fütterung von Nutztieren, die eine Minderung von klimaschädlichen Emissionen bezwecken.	„In Bezug auf die Haltung und Fütterung von Nutztieren besteht das Ziel, die Effizienz der Verwertung von Nährstoffen mit der Minderung der Emissionen zu gewährleisten. Die Beihilfen für KMU in der landwirtschaftlichen Primärproduktion sollen für die Einrichtung von Systemen und die Anwendung von Verfahren, die auf die Minderung der Emission von klimarelevanten Gasen durch die effiziente Verwertung der für die Fütterung eingesetzten Nährstoffe zielen, verwendet werden. Die Beihilfen können nicht für den Kauf von Futtermitteln gewährt werden.“	Neuaufnahme eines Erwägungsgrundes. Die Möglichkeit für die Gewährung von Beihilfen für die Entwicklung und Anwendung von Verfahren für die Fütterung von Nutztieren, die eine Minderung von Emissionen bei der Fütterung von Nutztieren bezwecken und erreichen. Die Beihilfe darf nicht für die Beschaffung von Futtermitteln verwendet werden.

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
S. 17	Art. 1 Abs. 1 Buchstabe f) neu	Gruppen, für die Beihilfen gewährt werden können	„f) Beihilfen für den Sektor der Ernährung von Nutztieren, die keine Equiden oder Pelztier sind.“	Mit dieser Ergänzung/Erweiterung sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, Beihilfen für die Entwicklung und Anwendung von Verfahren bei der Fütterung von Nutztieren gewährt werden, die auf die effiziente Verwertung von Nährstoffen und Minderung der Emission von klimarelevanten Gasen zielen. Hiermit würde es möglich, die beihilferechtlichen Voraussetzungen für die Schaffung der kostenaufwendigen Voraussetzungen für die Anwendung von effizienten Fütterungsverfahren zu schaffen.
S. 19	Art. 1 Abs. 5) Buchst. c)	Geltungsbereich – Unternehmen in Schwierigkeiten	„c) Beihilfen zum Ausgleich der Kosten für die Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen und Pflanzenschädlinge gemäß Artikel 25 Absätze 8 und 9;“	Die Pflanzenschädlinge sollten den Tierseuchen bereits unter Art. 1 Abs. 5 gleichgestellt werden.
	„alter“ Art. 1 Abs. 7		Im bisherigen Art. 1 Abs. 7 AgrarGVO ist geregelt, dass Beihilfemaßnahmen, bei denen die Gewährung der Beihilfe davon abhängig ist, dass der Beihilfeempfänger seinen Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat hat oder überwiegend in diesem Mitgliedstaat niedergelassen ist, nicht in Betracht kommen, da eine solche Regelung	

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			<p>zwangsläufig zu einem Verstoß gegen das Unionsrecht führen würde.</p> <p>Auch nach dem neuen Entwurf sind Beihilfen, die zwangsläufig zu einem Verstoß gegen Unionsrecht führen, unzulässig (vgl. Art. 1 Abs. 6), die Erläuterung zu einer unzulässigen Sitzanknüpfung/überwiegenden Niederlassung ist jedoch entfallen. In den Entwurfsvorschriften für die Fischerei und Aquakultur sowie für die AGVO ist dies aber weiterhin enthalten.</p> <p>Es sollte klargestellt werden, ob mit der Streichung in der AgrarGVO auch eine inhaltliche Neuregelung verbunden ist.</p>	
	Art. 2 Nr. 3			<p>Wenn diese Definition auch für Forstmaßnahmen nach Art. 35 (Wiederherstellung nach Schäden) anzuwenden ist, wäre zu klären, auf welche Angabe im Fall von „30 % der durchschnittlichen Erzeugung“ im Forstbereich Bezug genommen werden soll. Bei Forstmaßnahmen war bisher die Zerstörung von 20 % des forstwirtschaftlichen Potentials maßgeblich</p>
	Art. 2 Nr. 18			<p>Der Begriff „menschliches Handeln“ sollte definiert</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				werden.
S. 20	Art. 2 Nr. 8	Begriffsbestimmung	„8. „ Agrar forstsysteme“ Landnutzungssysteme, bei denen eine Fläche von Bäumen bewachsen ist und gleichzeitig landwirtschaftlich genutzt wird;“	Die Bezeichnung in den DEU Fassungen lautet „Agrarforstsysteme“, obgleich beispielsweise im Rahmen der GAP die Bezeichnung der „Agroforstsysteme“ verwendet, die in DEU auch weiter verbreitet ist. Hier wäre eine Anpassung sinnvoll. Es sollte eine Einheitlichkeit der Bezeichnungen gewährleistet sein.
S. 21	Art. 2 Nr. 14	Begriffsbestimmung	„Biosicherheitsmaßnahmen“: Managementmaßnahmen und physische Maßnahmen zur Verringerung des Risikos der Einschleppung, Entwicklung und Ausbreitung von Seuchen und Pflanzenschädlingen in, aus bzw. innerhalb von a) einer Tierpopulation oder b) einem Betrieb, einem Gebiet, einem Kompartiment, einem Transportmittel oder sonstigen Einrichtungen, Räumlichkeiten oder Örtlichkeiten;	
S. 24	Art. 2 Nr. 41	Begriffsbestimmung	„Pflanzenschädlinge“ Unionsquarantäneschädlinge, die in der Liste gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des	Art. 2 Nr. 41 sollte an Rahmenregelung angeglichen werden.

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			Rates geführt sind, und Schädlinge, für die die gemäß Artikel 29 und Artikel 30 der genannten Verordnung erlassenen Maßnahmen gelten und Schutzgebiet-Quarantäneschädlinge gemäß Artikel 32 Absatz 2 der genannten Verordnung;“	
S. 24	Art. 2 Nr. 49	Begriffsbestimmung	„Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“ Einrichtungen wie Hochschulen oder Forschungsinstitute, Technologietransfer-Einrichtungen, Innovationsmittler, forschungsorientierte physische oder virtuelle Kooperationseinrichtungen unabhängig von ihrer Rechtsform (öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich) oder Finanzierungsweise, deren Hauptaufgabe, gegebenfalls neben weiteren Hauptaufgaben , in der unabhängigen Grundlagenforschung, industriellen Forschung oder experimentellen Entwicklung besteht oder oder die deren Ergebnisse durch Lehre, Veröffentlichung und Wissenstransfer verbreiten.	Auf Grundlage der bisherigen Definition ist unklar, ob eine Einrichtung auch dann als „Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“ anzusehen ist, wenn diese mehrere Hauptaufgaben hat und eine davon darin besteht, unabhängige Grundlagenforschung, industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung zu betreiben oder die Ergebnisse derartiger Tätigkeiten durch Lehre, Veröffentlichung oder Wissenstransfer zu verbreiten. Eine Beschränkung auf eine einzige Hauptaufgabe würde den Anwendungsbereich der Definition unnötig verengen. So haben beispielsweise die deutschen Landwirtschaftskammern mehrere gesetzlich zugewiesene Aufgaben, von denen eine Aufgabe darin besteht, „die nicht pflichtschulmäßige Berufsausbildung und die berufliche Fortbildung des Berufsnachwuchses sowie die berufsbezogene Weiterbildung aller in der

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				Landwirtschaft Tätigen durchzuführen und die Betriebe in ihrer nachhaltigen Entwicklung durch Beratung zu unterstützen;“ (vgl. § 2 Abs. 1 S. 2 Buchst. b des Gesetzes über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen - LWKG) . Als Innovationsmittler spielen die Landwirtschaftskammern eine zentrale Rolle, damit Innovationen in die Praxis gelangen. Genau das ist auch im Sinne der Farm to Fork-Strategie der Kommission. Es ist daher nicht ersichtlich, dass sie nur aus dem Grunde nicht unter Art. 2 Rn. 49 fallen sollten, weil sie neben der Verbreitung von Forschungsergebnissen durch Lehre, Veröffentlichung und Wissenstransfer, noch weitere gesetzlich zugewiesene Hauptaufgaben haben. Insofern ist hier eine Klarstellung geboten.
S. 26	Art 4 Abs. 1 Buchst. a)	Anmeldeschwellen	„a) Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Primärproduktion gemäß Artikel 13: 500 000 600 000 EUR pro Unternehmen und Investitionsvorhaben;“	Anmeldeschwelle Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Primärproduktion gemäß Artikel 13: Bedingt durch die in der Vergangenheit geringe, aktuell aber wieder gestiegene Inflation sollte die Anmeldeschwelle angehoben werden (Erhöhung der

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				Schwelle von 500.000 auf 600.000 Euro).
S.29	Art. 6 Abs. 5	Ausnahmen vom Anreizeffekt	<p>Artikel 6 Absatz 5 Buchstabe f der Rahmenregelung sollte daher u.E. folgendermaßen lauten:</p> <p>f) Beihilfen für den Tierhaltungssektor und Beihilfen für Falltiere, sofern die Voraussetzungen nach Artikel 26 erfüllt sind</p>	
S. 29	Art. 6 Abs. 5	Ausnahmen vom Anreizeffekt	Es sollte eine Ausnahme für Gründungsbeihilfen für Erzeugergruppierungen und -organisationen im Agrarsektor gemäß Art. 18 ergänzt werden	<p>Aufgrund der Regelung des Art. 6 der Agrarfreistellungsverordnung ist durch den Begünstigten vor dem Beginn des Vorhabens ein Beihilfeantrag zu stellen. Übertragen auf die Regelung des Art. 18 würde dies bedeuten, dass der Antrag auf die Gründungsbeihilfe bereits vor der Gründung gestellt werden müsste. Ein solches Vorgehen ist jedoch nicht praktikabel, nachdem die konkrete Ausgestaltung der (zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegründeten) Erzeugerorganisation meist noch nicht abgeschlossen ist. Daher sollte die Forderung aus der Stellungnahme vom 1. August 2019 aufrechterhalten werden und auch für diesen Sachverhalt weiterhin eine Ausnahmeregelung in Art. 6 Abs. 5 bzw. im Agrarraum (Rn. 53) gefordert</p>

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				werden.
	Art. 7 Abs.1		Die Vorschläge zu Art. 7 Abs. 1 des Entwurfs der AgrarGVO bzw. zu Rn. 91 des Entwurfs der Rahmenregelung sehen weiterhin eine Beschränkung der Anwendung von VKO auf kofinanzierte Maßnahmen vor. Vor dem Hintergrund der positiven Auswirkungen der Nutzung von VKO für Zuwendungsverfahren sollte eine Öffnung der VKO für rein national finanzierte Maßnahmen erfolgen. Es sind keine sachlichen Gründe ersichtlich, die im Bereich der EU-Fonds die Gewährung von Zuschüssen forcieren, während im Bereich der national finanzierten Maßnahmen diese Option ausgeschlossen wird. Die Ziele des EU-Fondsrechts für die Nutzung der VKO gelten auch für national finanzierte Vorhaben uneingeschränkt (deutliche Senkung der Verwaltungslast; Entlastung der Human- und Verwaltungsressourcen zugunsten der Umsetzung der politischen Ziele; Erleichterung des Zugangs zu Förderinstrumenten auch für „unerfahrene“	Vereinfachte Kostenoptionen können gemäß Artikel 7 Absatz 1 Satz nur angewendet werden, sofern das Vorhaben zumindest teilweise aus dem ELER finanziert wird und die Kostenposition nach der entsprechenden Freistellungsbestimmung beihilfefähig ist. Die Formulierung „sofern das Vorhaben zumindest teilweise aus dem ELER finanziert wird“ sollte gestrichen werden.

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			Begünstigte; effiziente und ordnungsgemäße Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln durch die Reduzierung der Fehlerrate).	
	Art. 8 Abs. 7		Art. 8 Abs. 7 verweist auf Art. 14 Abs. 3 e). Der Verweis müsste u. E. lauten Art. 13 Abs. 3 d).	
	Art. 9		Art. 9 Abs. 6 b) verweist fälschlicher Weise auf Abs. 2 statt auf Abs. 1.	
S. 32	Art. 9 Abs. 1	Veröffentlichung und Information	Ist aus der neuen Formulierung des Art. 9 Abs. 1 der Schluss zu ziehen, dass auch die in Art. 9 Abs. 1 Buchst a) und b) genannten Kurzbeschreibungen bzw. vollständiger Wortlaut jeder Beihilfemaßnahme in der Beihilfentransparenzdatenbank veröffentlicht werden sollen? Was sind ggf. die Hintergründe für diese Überarbeitung?	
S. 32 f.	Art. 9 Abs. 1	Veröffentlichung und Information	„c) die in Anhang III genannten Informationen über jede Einzelbeihilfe von über i) 10 000 60 000 EUR bei Begünstigten, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind; ii) 100 000 500 000 EUR bei Begünstigten, die in	Die in Art. 9 Abs. 1 Buchst. c) des Entwurfs vorgesehene Absenkung der Relevanzgrenze auf 10.000 EUR bzw. 100.000 EUR für die Veröffentlichung von Beihilfen nach der Gruppenfreistellungsverordnung wird auch unter Heranziehung des Erwägungsgrund 31 abgelehnt. Eine solche, zumal so eine drastische Absenkung, ist nicht

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			der Verarbeitung oder der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder in der Forstwirtschaft tätig sind oder Tätigkeiten ausüben, die nicht unter Artikel 42 AEUV fallen.	zielführend. Diese selbst unter den de minimis-Schwellen liegenden Schwellenwerte dürften zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand auf Seiten der Mitgliedstaaten führen, ohne dass hierdurch ein Mehrwert ersichtlich wird. Im Übrigen steht der Mehraufwand in Widerspruch zu dem im Erwägungsgrund formulierten Ziel der Ermöglichung einer stärkeren Vereinfachung. Eine Senkung des Schwellenwerts würde darüber hinaus auch eine Vereinfachung und Erleichterung der Durchführung von Beihilfemaßnahmen konterkarieren. Die Veröffentlichungspflichten der Freistellungsverordnung sollten zu einem Gleichgewicht zwischen genügend Attraktivität der entsprechenden Beihilferegelung einerseits und der notwendigen Transparenz andererseits führen, sodass einerseits der gewünschte Förderzweck erreicht wird und gleichzeitig ein unlauterer Umgang mit Beihilfen vermieden wird. Dieses Gleichgewicht ist bei der bisherigen Veröffentlichungspflicht gem. Artikel 9 Absatz 2 der aktuellen Gruppenfreistellungsverordnung gewahrt und

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				würde durch eine Absenkung der Transparenzschwellen gestört. Aus diesen Gründen sollte die Veröffentlichungspflicht einer Einzelbeihilfe weiterhin erst ab dem bisherigen Betrag von 60.000 EUR bzw. 500.000 EUR gelten.
	Anhang III		Der Eingangssatz des Anhang III sollte u. E. entsprechend erweitert werden: „Die Mitgliedstaaten ... sind, oder sie veröffentlichen diese Informationen in der Beihilfentransparenzdatenbank (Transparency Award Module)28.“	Der Eingangssatz des Anhang III lautet aktuell: „Die Mitgliedstaaten gestalten ihre umfassenden Beihilfewebsites, auf denen die in Artikel 9 Absatz 2 [richtig „1“ statt „2“, siehe oben] festgelegten Informationen veröffentlicht werden, so, dass die Informationen leicht zugänglich sind.“ Art. 9 Satz 1 lautet jedoch: „Der betreffende Mitgliedstaat muss die folgenden Informationen in der Beihilfentransparenzdatenbank (Transparency Award Module)28 der Kommission oder auf einer ausführlichen nationalen oder regionalen Beihilfe-Website veröffentlichen:..“
	Anhang III		Die drei Verweise in der Überschrift und im ersten Absatz müssen u. E. auf Art. 9 Abs. 1 lauten, nicht Art. 9 Abs. 2.	
	Art. 9 Abs. 1 c		1. Zu Art. 9 Abs. 1 Buchst. c) i): Wer ist hier	

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			<p>als Begünstigter im Rahmen einer bezuschussten Dienstleistung (Art. 2. Nr. 53) anzusehen? Soll hier auf den Endbegünstigten, dem die Beihilfen in Form von Sachleistungen gewährt werden, abzustellen oder auf den Anbieter der Dienstleistung Ggf. könnte hier noch eine Klarstellung in der VO sinnvoll sein.</p> <p>2. In der VO finden sich weitere Regelungen bei denen es sich ggf. auch um eine „bezuschusste Dienstleistung“ handeln könnte; auch wenn diese nicht als solche benannt sind.</p> <p>Beispiel Art. 20: Handelt es sich hier im Ergebnis auch um eine bezuschusste Dienstleistung die in Form einer Sachleistung an den Endbegünstigten erbracht wird, da auch hier (nach Art. 20 Abs. 5) keine Direktzahlungen an die Begünstigten erfolgen? Sofern dies zutreffend ist, wäre eine einheitliche Bezeichnung in der VO als „bezuschusste Dienstleistung“ entsprechend der neu eingefügten Definition wünschenswert;</p>	

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			anderenfalls könnte eine Klarstellung der Unterschiede hilfreich sein.	
S. 33	Art. 9 Abs. 3	Veröffentlichung und Informationen	„Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Informationen [...]. Die in Absatz 2 1 Buchstabe c genannten Informationen sind [...].“	Von hiesiger Seite ist von einem Überarbeitungsfehler auszugehen. Die entsprechende Korrektur ist in Anhang III (in Überschrift sowie in Abs. 1 und Abs. 2) ebenfalls nachzuvollziehen.
S. 33	Art. 9 Abs. 6	Veröffentlichung und Information	„b) die Links zu den in Absatz 2 1 genannten Beihilfe-Websites aller Mitgliedstaaten.“	Von hiesiger Seite ist von einem Überarbeitungsfehler auszugehen. Die entsprechende Korrektur ist in Anhang III (in Überschrift sowie in Abs. 1 und Abs. 2) ebenfalls nachzuvollziehen.
S. 36	Art. 13 Abs. 3 Buchstabe i neu	Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben [...]	„i) Beitrag zum Klimaschutz durch die Verbesserung der Effizienz bei der Erzeugung, Konservierung, Lagerung von Futtermittelnährstoffen und der Verwertung von Futternährstoffen. “	Erweiterung der beihilfefähigen Investitionen für die Einrichtung von Systemen und die Anwendung von Verfahren für die effiziente Erzeugung und Verwertung von Nährstoffen bei der Fütterung von Nutztieren. Mit der Verbesserung der Effizienz des Energieaufwandes bei der Fütterung von Nutztieren geht eine Minderung der damit verbundenen Emissionen einher.
S. 36	Art. 13 Abs. 4	Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen	Streichung des Art. 13 Abs. 4 und Neuformulierung: „Bei Investitionen zur Erzeugung von Wärme und	Diese Änderung betrifft die Beihilfen für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern in der landwirtschaftlichen Primärproduktion. Investitionen

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
		Betrieben [...]	Strom aus erneuerbaren Energieträgern in landwirtschaftlichen Betrieben darf nur, auch anteilig, die Produktionskapazität der Anlage zur Erzeugung von Energie gefördert werden, die dem durchschnittlichen jährlichen Eigenbedarf des Begünstigten samt seines Haushalts dient.“	werden unbestreitbar nur in erforderlicher Höhe getätigt. Aufgrund der gewünschten Diversifizierung umfassen landwirtschaftliche Betriebe heute sehr häufig auch Unternehmensteile, die nicht der landwirtschaftlichen Primärproduktion zuzurechnen sind. Anlagen zur erneuerbaren Energieerzeugung werden am Bedarf der am Standort vorhandenen Unternehmensteile insgesamt ausgerichtet, es werden nicht mehrere Anlagen für verschiedene Unternehmensteile gebaut. Zudem werden Anlagen häufig etwas größer als der Ist-Bedarf ausgelegt, um bei Wachstum auch den zukünftigen, mittelfristig erwarteten Energiebedarf abdecken zu können. Die Zulässigkeit einer anteiligen Förderung ohne kapazitätsbegrenzende Vorgaben für die Anlage entspräche der unternehmerischen Praxis.
S. 36	Art. 13 Abs. 4 Unterabs. 2	Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben [...]	(4) [...] Bei Investitionen zur Erzeugung von Biokraftstoffen darf die Produktionskapazität der Anlagen nicht größer sein als die Kraftstoffmenge, die der landwirtschaftliche Betrieb jährlich im Durchschnitt für Transport für den Betrieb seiner Fahrzeuge und nichtwärmeerzeugenden Anlagen	Begrenzung der Erzeugung von Biokraftstoffen: Der Vorschlag der Kommission betrifft die Begrenzung auf die Kraftstoffmenge, die der landwirtschaftliche Betrieb jährlich im Durchschnitt für Transport verbraucht. Vorschlagen wird die Streichung der Ergänzung „für Transport“ zur Formulierung („[...] Kraftstoffmenge, die

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			verbraucht, und der erzeugte Biokraftstoff darf nicht vermarktet werden.	<p>der landwirtschaftliche Betrieb jährlich im Durchschnitt für den Betrieb seiner Fahrzeuge und nichtwärmeerzeugenden Anlagen verbraucht, [...]).</p> <p>Um das volle Potential des Austauschs von fossilen Energieträgern hin zu nachhaltiger Biokraftstoffe in landwirtschaftlichen Betrieben zu erzielen, sollte die Nutzung von nachhaltigen Biokraftstoffen vor allem in der Primärproduktion (schwere Bodenbearbeitung, Erntearbeiten!) und nicht nur beim Transport ermöglicht werden.</p> <p>Entsprechend ist der Erwägungsgrund (43) auf Seite 11 des Entwurfs zu präzisieren.</p>
S. 37	Art. 13 Abs. 11 Buchst. e) (Ergänzung)	Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben [...]	„(11) [...] e) Ausgaben für nichtproduktive Investitionen im Zusammenhang mit den spezifischen umwelt- und klimabezogenen Zielen gemäß Absatz 3 Buchstaben f, g, und h und i [neu] “	Einbindung der Kosten für nichtproduktive Investitionen für eine verbesserte Bewertung von Futtermitteln hinsichtlich des Nährstoffgehaltes und Futterwertes, der Dokumentaion, Planung und Kontrolle der Fütterung von Nutztieren (neu). Mit der Verbesserung der Effizienz des Energieaufwandes bei der Fütterung von Nutztieren geht eine Minderung der damit verbundenen Emissionen

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				einher.
S. 38	Art. 13 Abs. 11 und Abs. 17 ff.	Beihilfen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben [...] – beihilfefähige Kosten und Beihilfeintensität	<p>Diese Anmerkung betrifft die beihilfefähige Kosten für Investitionen in Bezug auf die Transformation der Nutztierhaltung.</p> <p>Notwendig wäre in diesem Entwurf eine Klarstellung in Bezug auf die beihilfefähigen Kosten, die die Grundlage für die jeweilige Beihilfeintensität darstellen. Geht es beispielsweise beim Bau eines Tierwohlstalls um die Tierwohlmehrkosten oder um die Gesamtbaukosten?</p>	Bislang waren in Art. 17 VO (EU) Nr. 1305/2013 die grundlegenden Vorgaben für die Investitionen in materielle Vermögenswerte maßgeblich beschrieben und in Anhang II (Beiträge und Fördersätze) der Verordnung näher ausgestaltet. Die Systematik wird sich durch die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf der Grundlage der VO (EU) 2115/2021 jedoch ändern. Der Art. 73 VO (EU) 2115/2021 sieht nun wesentlich offenere Formulierungen in Bezug auf Investitionen vor. Insoweit wäre eine Klarstellung notwendig, welche Kosten tatsächlich beihilferechtlich förderfähig sind.
S. 40	Art. 13 Abs. 20 Buchst. a)		a) nichtproduktive Investitionen im Zusammenhang mit einem oder mehreren der spezifischen umwelt- und klimabezogenen Ziele gemäß Absatz 3 Buchstaben f, g, h und j (neu)	Einbindung der Kosten für nichtproduktive Investitionen für eine verbesserte Bewertung von Futtermitteln hinsichtlich des Nährstoffgehaltes und Futterwertes, der Dokumentaion, Planung und Kontrolle der Fütterung von Nutztieren (neu). Mit der Verbesserung der Effizienz des Energieaufwandes bei der Fütterung von Nutztieren geht eine Minderung der damit verbundenen Emissionen einher.
S. 44	Art. 18 Abs. 6	Beihilfen für	Es sollte weiterhin „Erzeugerorganisationen oder	Es geht nicht um beliebige Vereinigungen, sondern um

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
	Buchst. c)	Erzeugergruppierungen - Beihilfenausschluss	deren Vereinigungen“ heißen. Der Verweis auf Artikel 152 Abs. 3 GMO sollte durch einen Verweis auf Artikel 161 Abs. 1 Buchst. a GMO ersetzt werden.	solche von Erzeugergruppierungen und –organisationen. Art. 152 Abs. 3 GMO bzgl. der Ziele von Erzeugerorganisationen’ im Milchsektor wurde bereits 2017 durch Artikel 161 Abs. 1 Buchst. a GMO ersetzt.
S. 44	Art. 18 Abs. 10	Beihilfen für Erzeugergruppierungen - Beihilfehöchstbetrag	Es sollte klargestellt werden, ob der Beihilfebetrags auf 100 000 EUR insgesamt oder pro Jahr begrenzt ist.	Im Agrarraum (Rn. 197) wird der Beihilfebetrags auf 100 000 EUR „pro Jahr“ begrenzt. Diese Klarstellung sollte auch in die Agrarfreistellungsverordnung eingefügt werden.
S. 44 ff.	Art. 19	Beihilfen für die Teilnahme von Erzeugern landwirtschaftlicher Erzeugnisse an Qualitätsregelungen	In Bezug auf die Transformation der Nutztierhaltung stellt sich die Frage, ob unter Art. 19 auch Zahlungen von Tierwohlprämien rechtlich möglich wären, mit denen beispielsweise höhere Bewirtschaftungskosten oder ein Verdienstausschlag ausgeglichen werden können. Welche alternative beihilferechtliche Grundlage bestünde in diesem Fall? Wären Beihilfen für Tierwohlverpflichtungen (Ziffer 1.1.5., Rn. 222 ff.) des Agrarraums dem Art. 19 vorzuziehen? Sind Prämienzahlungen möglich, denen lediglich die Erfassung des Resultats, nicht aber	

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			nachprüfbare Verbesserungen der Haltungseinrichtung zugrunde liegen? Ist beispielsweise die Zahlung einer Ringelschwanzprämie möglich, wenn der Ringelschwanz intakt ist und somit von einem erhöhten Tierwohl ausgegangen werden kann oder muss z. B. der Stall umgebaut worden sein? Hier ist eine Klarstellung notwendig.	
S. 45	Art 19 Abs. 2 Buchst. a) iii)	Beihilfen für die Teilnahme [...] an Qualitätsregelungen	„iii) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 (EU) 2018/848 des Rates;“	Der Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 834/2007 ist veraltet. Seit 1.1.2022 gilt die neue EU Öko-Basisverordnung: Verordnung (EU) 2018/848.
S. 47	Art. 20 Abs. 4	Beihilfen für Wissensaustausch und Informationsmaßnahmen	Für die Investitionen im Rahmen von Demonstrationsvorhaben (z.B. Stallbau mit höheren Tierschutzkriterien) sollten die gleichen Fördermöglichkeiten – wie in Artikel 13 Abs. 17 bis 19 (Beihilfeintensität) festgelegt - bestehen.	Absatz 4: <i>„Die Kosten gemäß Absatz 3 Buchstabe d sind nur insoweit beihilfefähig, als sie für das Demonstrationsvorhaben angefallen sind, und nur für die Laufzeit des Demonstrationsvorhabens. [...]“</i> Im Rahmen eines Demonstrationsvorhaben sind nach Art. 20 Abs. 4 lediglich die Abschreibung der Investitionskosten für die „Laufzeit“ des Demonstrationsvorhaben förderfähig (i.d.R. also nur der Anteil für ca. 2 - 3 Jahre). Demonstrationsvorhaben dienen dazu, innovative Maßnahmen und Techniken auszuprobieren, zu evaluieren und zu demonstrieren.

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				Landwirte, die hier teilnehmen, sind Vorreiter und erklären sich bereit, zum Teil noch nicht bewährte Verfahren zu testen usw., d.h. ihr Risiko ist größer und sollte dementsprechend berücksichtigt/honoriert werden. Zumal die Erfahrungen aus den Demonstrationvorhaben Empfehlungen für die allg. Investitionsförderung liefern.
S. 49	Art. 21 Abs. 3 Buchst i) neu	Beihilfen für Beratungsdienste	„i) nachhaltige Erzeugung von Futtermitteln, Bewertung von Futtermitteln hinsichtlich des Nährstoffgehaltes und Futterwertes, der Dokumentaion, Planung und Kontrolle der Fütterung von Nutztieren ausgerichtet auf den Bedarf.“	Beihilfen für Beratungsdienste für die Verbesserung der Effizienz des Energieaufwandes bei der Fütterung von Nutztieren (Futtermittelbewertung; Planung, Dokumentation und Kontrolle der bedarfsgerechten Fütterung). Mit der Verbesserung der Effizienz des Energieaufwandes bei der Fütterung von Nutztieren geht eine Minderung der damit verbundenen Emissionen einher. Die Anforderungen an die Planung, Steuerung der Fütterung sind mit einem entsprechend spezialisiertem Wissen verbunden und über die gute Fachlichkeit hinausgehen.
S. 49	Art. 21 Abs. 4	Beihilfen für	„[...] Dazu kann auch die Beratung bei der	In der Aufzählung möglicher Beratungsinhalte sollte eine

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
		Beratungsdienste	Entwicklung kurzer Versorgungsketten sowie im Bezug auf den ökologischen/biologischen Landbau, die Erhöhung der Biodiversität oder von Biodiversitätsleistungen und gesundheitliche Aspekte der Tierhaltung gehören.	Ergänzung um die biologische Vielfalt erfolgen. Daher wird vorgeschlagen, eine ausdrückliche Fördergrundlage für Biodiversitätsberatung zu implementieren.
S. 49	Art. 21 Abs. 4	Beihilfen für Beratungsdienste	„(4) [...] Dazu kann auch die Beratung bei der Entwicklung kurzer Versorgungsketten sowie in Bezug auf den ökologischen/biologischen Landbau, der Einsparung von nachhaltiger Energie, der Energieeffizienz und der Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien für die Landwirtschaft und gesundheitliche Aspekte der Tierhaltung gehören.“	Vorschlag zur Ergänzung des Absatzes 4 um einen weiteren Aspekt. Um das Potential der Art. 13 sowie Art. 17 zur Beihilfe für Investitionen in Einsparung von nachhaltiger Energie, der Energieeffizienz und der Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien für die Landwirtschaft ausschöpfen zu können, ist eine qualifizierte Beratung zu diesen Aspekten unerlässlich. Art. 21 sollte daher ausdrücklich um den vorgenannten Aspekt ergänzt werden, um bisher unbekannte Einsparpotentiale der Primärproduktion zu identifizieren und landwirtschaftlichen Primärerzeugern konkrete, wirtschaftliche Entscheidungshilfen für Investitionen in klimafreundliche Investitionen geben zu können.
S.50	Art. 21 Abs. 8 & 9	Beihilfen für Beratungsdienste	Mit der Überarbeitung der Beratungsbeihilfen ist die bisher bestehende Beihilfeobergrenze von 1.500 EUR durch eine Jahresbetrachtung in Art. 21	

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			Abs. 8 und 9 ersetzt worden, die sich offenbar an den betrieblichen De-minimis-Obergrenzen orientiert. Hiermit wird um Bestätigung gebeten, dass die Beihilfen nach Art. 21 Abs. 4 ohne eine absolute Obergrenze zulässig sind.	
S. 51	Art. 23	Beihilfen zur Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse	Es sollte staatliche oder staatlich unterstützte Werbung erleichtert werden, die Hinweise auf den regionalen Ursprung von Erzeugnissen enthält. Konkret sollten Hinweise auf regionale Wertschöpfungsketten sowie regionale Erzeuger und Vermarktungsinitiativen in Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen ermöglicht werden.	Gemäß der „Vom Hof auf den Tisch - Strategie“ vom 20. Mai 2020 strebt die Union die Förderung der regionalen Wertschöpfung einschließlich kurzer Lieferketten an. Um die Resilienz der regionalen und lokalen Lebensmittelsysteme einschließlich der Reduzierung der Abhängigkeit von Langstreckentransporten zu stärken, soll zudem die Schaffung kürzerer Lieferketten unterstützt werden. Dieser Ansatz dient zugleich den Zielen des Pariser Klimaabkommens, des Environment Action programme (to 2030) sowie des EU-Aktionsplans: „Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“ (zero pollution action plan), als Bestandteile des European Green Deals. Es bedarf daher im Anschluss an diese Programme auch einer entsprechenden Abbildung im Beihilfenrecht. Gemäß des Vorschlags der Kommission dürfen Hinweise auf den Ursprung landwirtschaftlicher

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>Erzeugnisse in staatlich finanzierten Informationskampagnen zur Bekanntmachung von nationalen Qualitätsregelungen und Zertifizierungssystemen mit Ausnahme von Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Erzeugnisse, die unter die in der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 festgelegten Qualitätsregelungen fallen, maximal von untergeordneter Bedeutung sein. Dies entspricht einer Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen.</p> <p>Mit Blick auf die Bedeutung regionaler Wertschöpfungsketten für den Aufbau und Erhalt resilienter und nachhaltiger Ernährungssysteme ist es zunehmend wichtiger geworden, Absatzfördermaßnahmen für regional erzeugte Lebensmittel zu ergreifen und Verbrauchern verlässliche Informationen über Produktionsprozesse und die regionale Herkunft von Lebensmitteln bereitzustellen.</p> <p>Regionalität ist ein wichtiger Aspekt, um bei Verbrauchern Wertschätzung für nachhaltig erzeugte Lebensmittel und eine entsprechend höhere Zahlungsbereitschaft zu erreichen. Angesichts der</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>Herausforderungen durch die anstehende Transformation der Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere mit Blick auf erhöhte Nachhaltigkeitsstandards in der Lebensmittelerzeugung erscheinen die bisherigen beihilferechtlichen Bestimmungen für staatliche oder staatlich unterstützte Werbekampagnen in Bezug auf Hinweise auf den Ursprung von Erzeugnissen zu restriktiv. Verbraucher verbinden Nachhaltigkeit mit kurzen Transportwegen und regionaler Erzeugung und fordern Informationen darüber zunehmend ein. In der Folge sind private Stakeholder in der Auslobung und Bewerbung regionaler Lebensmittel aktiv.</p> <p>Diese Möglichkeit zu staatlich oder staatlich unterstützter Werbung mit Hinweisen auf den regionalen Ursprung von Erzeugnissen gewährleistet und fördert eine transparente und glaubwürdige Kommunikation und Kennzeichnung, die in Einklang mit den Regeln des EU-Binnenmarktes steht. Mit einer Anknüpfung an kurze Versorgungsketten und regionale Wertschöpfungsketten</p>

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				ließe sich ausschließen, dass Werbung für Waren nationalen Ursprungs gefördert werden und damit der Binnenmarkt maßgeblich beeinflusst würde. Dieses von DEU gemeldete Anliegen wurde von der Kommission bisher nicht berücksichtigt.
S.51	Art. 23 Abs. 3 i.V.m. Art. 23 Abs. 5		Wir bitten um Erläuterung und Klarstellung, ob Art. 23 Abs. 5 lit. a VO-E so zu verstehen ist, dass in Abweichung von Art. 23 Abs. 3 UAbs. 1 VO-E doch bestimmte Unternehmen und/oder Marken genannt werden dürfen oder ob z.B. lediglich die Region und/oder das landwirtschaftliche Erzeugnis bezeichnet werden darf – mit der Folge einer Begünstigung derjenigen, die in dieser Region und/oder dieses landwirtschaftliche Erzeugnis produzieren (ohne dass diese namentlich erwähnt werden). Möglicherweise bietet es sich an, diese Unklarheit durch eine Anpassung des Normtextes zu beseitigen.	Nach Art. 23 Abs. 3 UAbs. 1 VO-E darf in den dort genannten Veröffentlichungen kein bestimmtes Unternehmen und keine bestimmte Marke genannt werden. Allerdings dienen die fraglichen Beihilfen u.a. zur Deckung der Kosten von Veröffentlichungen „mit Sachinformationen über Begünstigte aus einer bestimmten Region oder Begünstigte, die ein bestimmtes landwirtschaftliches Erzeugnis erzeugen, sofern es sich um neutrale Informationen handelt und alle betroffenen Begünstigten gleichermaßen die Möglichkeit haben, in der Veröffentlichung berücksichtigt zu werden“ (Art. 23 Abs. 5 lit. a VO-E).
S. 55	Art. 25 Abs. 4	Beihilfen zu den Kosten für [...]	Diese Vorgaben schenken dem Umstand Beachtung, dass das Auftreten völlig	Eine unterschiedliche Wortwahl im Entwurf des Art. 25 Abs. 4 („andere Tierseuchen“) und in der korrespondierenden Regelung in Rn. 368 des Entwurfs

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
	Buchst. a) und Buchst. b)	von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden	<p>neuer, noch nicht gelisteter Tierseuchen, möglich ist, bei denen eine Beihilfe für betroffene Tierhaltungen sinnvoll sein könnte. Neben den zu erfüllenden Bedingungen aus Artikel 6 Abs. 2 Verordnung (EU) 2016/429 (Tiergesundheitsrecht), sind unter Art. 25 Abs. 4 Buchst. a) und Buchst. b) zusätzliche Anforderungen aufgelistet, die erfüllt sein müssen, um eine Beihilfe zu ermöglichen. Diese aufgelisteten Voraussetzungen stellen ein gewaltiges bürokratisches Konstrukt dar, welches nicht nur den betroffenen Landwirt über das Maß fordern wird, der seinen Nachweispflichten nachkommen muss, sondern auch von der Tierseuchenkasse</p>	<p>der Rahmenregelung („neu auftretende Tierseuchen, die zudem die Bedingungen aus Art. 6 Abs. 2 der VO (EU) 2016/429 erfüllen müssen) ist nicht nachvollziehbar. Die Wortwahl in Rn. 368 schließt zahlreiche Seuchen, die bereits in dem jeweiligen geografischen Gebiet (z.B. Thüringen) vorkommen, von der Beihilfegewährung aus. Unklar ist, warum sich die Formulierung in Absatz 4 Buchst. b „bzw. ein akkreditierter Fonds auf Gegenseitigkeit besteht“ nicht auch in Rn. 368 findet.</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			<p>als Kontroll- und Entscheidungsbehörde (der Länder) einen nicht leistbaren fachlichen, personellen und zeitlichen Aufwand verlangen würde.</p> <p>Damit ist das Ziel, beim Auftreten neuer, bzw. nicht gelisteter Tierseuchen, eine zügige und effektive finanzielle Unterstützung von Tierhaltungen bei der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung dieser Tierseuchen zu ermöglichen, bereits im Vorfeld in seiner Durchführung aus Sicht der Tierseuchenkasse als praktisch nicht umsetzbar einzuschätzen (z. B. Bekämpfung der Rinder-Salmonellen mittels Impfung, für die eine Beihilfe gewährt wird).</p>	

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
S. 55	Art. 25 Abs. 2 Buchst. b) iii)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden	„Maßnahmen, die gemäß Artikel 17 , Artikel 28 Absätze 1 und 2, Artikel 29, 30 oder Artikel 33 der Verordnung (EU) 2016/2031 zur Tilgung oder Eindämmung eines Pflanzenschädlings durchgeführt werden, oder [...]“	Maßnahmen gemäß Art. 29, 30 und Art. 33 Verordnung (EU) 2016/2031 sollten gleichgestellt werden.
S. 55	Art. 25 Abs. 4	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden	In Art. 25 Abs. 4 wird auf die in Absatz 3 genannten Tierseuchen oder Pflanzenschädlinge Bezug genommen. Die Regelungen in Absatz 3 beziehen sich jedoch ausschließlich auf Tierseuchen. Hier wäre eine Erläuterung hilfreich, ob in Art. 25 Abs. 4 nur hinsichtlich der Tierseuchen ein Bezug auf Absatz 3 hergestellt werden soll und ob ggf. welche besondere Bedingungen nach Art. 25. Abs. 4 hinsichtlich der Pflanzenschädlinge zu berücksichtigen sind.	
S. 56	Art. 25 Abs. 9 Buchst. c)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden	„ c) Tötung oder Keulung und unschädliche Beseitigung Vernichtung von Tieren und [...]“	Statt „Vernichtung“ sollte der Begriff der unschädlichen Beseitigung verwendet werden.

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
S. 56	Art. 25 Abs. 12 Buchst. a) und b)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden	<p>„a) deren Ausbruch (im Fall einer Tierseuche) von den zuständigen Behörden förmlich anerkannt amtlich bestätigt worden ist oder</p> <p>b) deren Auftreten (im Fall von Pflanzenschädlingen) von den zuständigen Behörden förmlich anerkannt amtlich bestätigt worden ist.“</p>	<p>Ändern in „amtlich bestätigt“ (sowohl bei Buchstabe a als auch b). Ferner sollte im Rahmen der tierseuchenrechtlichen Entschädigung in Absatz 12 Buchst. a i. V. m. Absatz 10 (korrespondierend Rn. 377 des Entwurfs der Rahmenregelung) geregelt werden, dass Entschädigungen auch dann gezahlt werden dürfen, wenn die amtliche Tötungsanordnung bereits bei Verdacht auf eine Tierseuche erfolgt, ohne dass bereits ein „bestätigter Fall“ vorliegt. Hintergrund ist, dass die zuständige Behörde für bestimmte Tierseuchen das Töten von Verdachtsfällen anordnen kann, um das Risiko einer Weiterverbreitung einer Tierseuche zu minimieren (z. B. MKS– Artikel 7 Abs. 4 der Delegierten VO (EU) 2020/687).</p>

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				Entsprechend sollte in der korrespondierenden Regelung in Rn. 377 Buchst. a des Entwurfs der Rahmenregelung formuliert werden: „Sie hat im Falle einer Tierseuche deren Ausbruch oder Verdacht amtlich bestätigt.“
S. 57	Art. 25 Abs. 13 Buchst. a) und b)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden	<p>In Absatz 13 ist nicht nachvollziehbar, dass der Verweis auf Absatz 8 Buchstabe e sowohl in Absatz 13 Buchstabe a als auch in Absatz 13 Buchstabe b aufgenommen ist.</p> <p>Es stellt sich zudem die Frage, weshalb Kosten für Tests (=Laboruntersuchungen) und sonstige Früherkennungsmaßnahmen nicht ebenfalls unter die Ausnahme von Absatz 13 Unterabsatz 2 Buchstabe a fallen können und die Beihilfen zu Kosten für diese Maßnahmen nicht auch direkt an den Begünstigten gezahlt werden können. Gemäß Rn. 373 des Entwurfs der Rahmenregelung können Beihilfen zu Kosten für Tests und sonstige Früherkennungsmaßnahmen, einschließlich TSE- und BSE-Tests auch</p>	In der Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland vom 1. August 2019 zur Konsultation der KOM betreffend die beihilferechtlichen Bestimmungen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten wurde unter Ziffer II.2. Buchst. a (3) bereits zutreffend ausgeführt, dass wiederkehrende Maßnahmen mit einer großen Zahl von Empfängern (z.B. tierärztliche Probenahme für Tests zur Seuchentilgung, Impfmaßnahmen zur Seuchenprophylaxe) erheblich vereinfacht werden könnten, wenn optional die Möglichkeit

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			direkt an den Begünstigten gewährt werden. Insoweit besteht eine Inkongruenz zwischen Entwurf der Agrar-Freistellungsverordnung und Entwurf der Rahmenregelung.	einer direkten Beihilfe an die Empfänger eingeführt würde. Für die Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur sei dies sogar der Regelfall; dort müssten Beihilfen direkt an das betroffene Unternehmen gezahlt werden.
S. 58	Art. 26 Abs. 5 Buchstabe c	Beihilfen für den Tierhaltungssektor und Beihilfen für Falltiere	Absatz 5 Buchstabe c sollte zum besseren Verständnis klarer gefasst werden. Die jetzige Fassung führt aus hiesiger Sicht zu Auslegungsschwierigkeiten. Unklar ist zudem, warum sich der Verweis auf Absatz 2 Buchstabe e nicht nur in Absatz 5 Buchstabe b befindet, sondern auch in Absatz 5 Buchstabe c.	
S. 51	Art. 23 Abs. 4 Buchst. e)	Beihilfen zur Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse	„(4) [...] e) symbolische Preise bis zu einem Wert von 1000 10000 EUR pro Preis und Wettbewerbsgewinner.“	Es wird eine Freistellung bis 5.000 EUR vorgeschlagen. Ganz grundsätzlich wäre es hilfreich, wenn Prämien für Wettbewerbe künftig nicht mehr als Beihilfe gewertet würden.
	Artikel 28 Abs. 3 und Abs. 7	Beihilfen zur Beseitigung von durch geschützte	Anregung: Als Ausnahme von den geforderten Mindestbeiträgen zur Risikominimierung von Schäden bzw. der Nachweispflicht der	Die Forderung eines Mindestbeitrags an Vorbeugungsmaßnahmen zur Risikominimierung von Schäden durch geschützte Tiere ist bei den streng

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
		Tiere verursachten Schäden	<p>Mitgliedstaaten, dass keine solchen Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen werden können, sollten in Rdnr. 389 Schäden durch die streng geschützten Arten des Anhang 4 der Richtlinie 92/43/EWG und des Anhang 1 der Richtlinie 2009/147/EG und Schäden durch andere wildlebende Tierarten, die innerhalb von Gebieten des Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“ auftreten, ausgenommen werden. Rdnr. 390 sollte entfallen oder das Wort „unmittelbar“ durch die Wörter „mindestens mittelbaren“ kausalen Zusammenhang“ ersetzt werden.</p> <p>Entsprechende Änderungen sollten in Artikel 28 Abs. 3 und Absatz 7 der Gruppenfreistellungsverordnung vorgenommen werden.</p>	<p>geschützten Arten des Anhang 4 der Richtlinie 92/43/EWG und des Anhang 1 der Richtlinie 92/43/EWG ist für die betroffenen Landwirte aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen in aller Regel nicht umsetzbar, weil solche Maßnahmen rechtlich und/oder wirtschaftlich an den sehr strengen Anforderungen an Verträglichkeitsprüfungen und/oder den Beeinträchtigungsverböten des Artenschutzes scheitern. Bei Schäden durch wildlebende, nicht besonders streng geschützte Tierarten innerhalb von Gebieten des Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“, z. B. durch Mäusemassenvermehrung, durch massenhaftes Auftreten von nicht in Anhang 1 der Richtlinie 2009/147/EG aufgeführte Vogelarten wie Graugänse usw. scheitern denkbare Vorbeugungsmaßnahmen in der Regel an den negativen, unzulässigen Auswirkungen auf die wertbestimmenden, streng geschützten Arten und wertgebenden Lebensraumtypen im Gebiet. In diesem Fall entsteht der Schaden nur mittelbar durch die geschützten Arten, nämlich durch die rechtlichen Auswirkungen der Schutzanforderungen für diese Arten</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>auf mögliche Vorbeugungsmaßnahmen zum Schutz vor anderen nicht geschützten Arten.</p> <p>Die Forderung nach der notwendigen Feststellung eines unmittelbaren kausalen Zusammenhangs zwischen dem eingetretenen Schaden und dem Verhalten der geschützten Tiere führt in der Praxis zu unverhältnismäßigem Aufwand im Verhältnis zur Höhe der Beihilfen oder kann bei indirekten Schadensursachen wegen verbotener Vorbeugungsmaßnahmen zum Schutz anderer Arten nicht erbracht werden.</p>
	Ergänzung zu Art. 28		Beihilfen zur Finanzierung der Unterhaltskosten von Herdenschutzhunden sollte gestattet und freigestellt werden.	<p>In Kombination mit der empfohlenen wolfsabweisenden Zäunung stellen Herdenschutzhunde insbesondere für landwirtschaftliche Nutztierhalter/innen den bislang effektivsten Schutz gegenüber Wolfsübergriffen dar. Ihr Unterhalt ist jedoch mit hohen Kosten verbunden. Zu den Kosten gehören nicht nur die Anschaffung und Ausbildung der Hunde, sondern auch die laufenden Kosten für das Futter, die Fellpflege, die Reinigung der Hundehütten und Tierarztbesuche, wodurch sie eine verhältnismäßig teure Schutzvariante darstellen. Indirekte Kosten sind mit dem zusätzlichen personellen</p>

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>Aufwand verbunden, der sich tagtäglich ergibt.</p> <p>Die Bundesregierung hat die Unterhaltungskosten von Zäunen und Herdenschutzhunden im Rahmen des GAK-Fördergrundsatzes FB 4 J 2.0 seit 2021 geregelt und durch die Kommission unter Anwendung des Abschnitts 1.1.5.1 „Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen“ der bisherigen Rahmenregelung notifizieren lassen. Eine entsprechende Freistellungsregelung in der Agrar-FVO wird für die laufenden Kosten der wolffsspezifischen Präventionsmaßnahmen (Zäune, Herdenschutztiere) für notwendig erachtet. Umzusetzen lässt sich eine solche Regelung durch Ergänzung des Art. 28 oder die Schaffung eines neuen Artikels.</p>
	Art. 29 Abs. 3b		Die Obergrenze von 5 % und die Beschränkung auf Flächen im Sinne des Artikel 10 der entspricht nicht den Herausforderungen im Agrarsektor und in den ländlichen Gebieten, die sich aus dem Schutz der Biodiversität und der EU-Biodiversitätsstrategie ergeben.	
S. 63	Art. 32 Abs. 3	FuE-Vorhaben im	„(3) Vor Beginn des geförderten Vorhabens	Die bisherige Vorschrift bestimmt nicht näher, welche

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
		Agrar- und Forstsektor	werden veröffentlicht die Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung, die das Vorhaben durchführt, im Internet folgende Informationen veröffentlicht: “	<p>Stelle die Informationspflichten zu erfüllen hat. Der Entwurf sieht hingegen ausdrücklich vor, dass dies durch die Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung, die das Vorhaben durchführt, erfolgen muss.</p> <p>Dies stößt auf praktische Schwierigkeiten und evoziert Risiken, die aus hießiger Sicht unnötig und vermeidbar sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verpflichtung wäre den Einrichtungen im Bescheid regelmäßig aufzuerlegen. 2. Die Einrichtungen müssten eine Auflage aus dem Bescheid erfüllen, bevor die Förderung begonnen hat. D.h. der Bewilligungsbescheid müsste mit zeitlichem Vorlauf vor Proejktbeginn zugestellt werden, bevor dieser evtl. rechtskräftig ist. 3. Es besteht das dann sanktionsbewehrte Risiko, dass einzelne Einrichtungen (Universitäten/ Verbände/ Personengesellschaften) dieser Verpflichtung nicht nachkommen. 4. Die Umsetzung müsste von der nationalen Bewilligungsbehörde spätestens im Wege der Prüfung der Berichte geprüft werden. Was würde ein Verstoß

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>gegen die Veröffentlichungspflicht für eine Sanktion erfordern?</p> <p>Vorschlag: Formulierung aus Art. 31 Abs. 3 VO (EU) Nr. 702/2014 (aF) beibehalten.</p>
S. 63	Art. 32 Abs. 3	FuE im Agrar- und Forstsektor	<p>VorAb Beginn des geförderten Vorhabens werden veröffentlicht die Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung, die das Vorhaben durchführt, im Internet folgende Informationen veröffentlicht:</p>	<p>Hier wird eine Anzeigepflicht durch den Beihilfeempfänger gefordert. Dies ist in der Praxis nicht umsetzbar und wird auch von interessierten Einrichtungen sehr wahrscheinlich nicht gefunden.</p> <p>Eine Kontrolle wäre darüber hinaus nur mit hohen Verwaltungsaufwand möglich. Eine Mitteilungspflicht sollte ab Beginn des geförderten Vorhabens durch den Beihilfegeber erfolgen.</p>
S. 63	Art. 32 Abs. 4	FuE-Vorhaben im Agrar- und Forstsektor	<p>„(4) Die Ergebnisse des geförderten Vorhabens werden nach Übergabe an die bewilligende Stelle ab dem Tag, an dem das Vorhaben endet, oder ab dem Tag, an dem Mitglieder einer Einrichtung über diese Ergebnisse informiert werden, im Internet zur Verfügung gestellt, wobei der frühere der beiden Zeitpunkte maßgeblich ist.“</p>	<p>Die Verpflichtung aus Art. 31 Abs. 4 VO (EU) Nr. 702/2014 (aF) übernommene Verpflichtung stößt an praktische Grenzen und ist nicht umsetzbar. Sie sollte deshalb praxisnah ausgestaltet werden. Richtet sich die Verpflichtung an die Bewilligungsbehörde – so wurde es bis dato praktiziert –, so kann diese Berichtspflicht erst erfüllt werden, wenn der Bericht dort vorliegt. Weiter sollte der Bewilligungsbehörde ein kurzer Zeitraum zur</p>

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>kursorischen Prüfung des Berichtes und zur Umsetzung eingeräumt werden. Wenn es Ziel der Veröffentlichungspflicht ist, dass die Ergebnisse jeder interessierten Stelle zugänglich gemacht werden, dann wäre auch eine praxisnähere Auflage demselben Ziel dienlich. Es sollte weiter offen bleiben, ob die Bewilligungsbehörde oder der Begünstigte die Veröffentlichungspflicht umsetzt. Dies kann durch die Mitgliedstaaten entschieden werden.</p>
	Art. 32 Abs. 8		<p>Wäre der Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (2014/C 198/01) auch auf FuE im Agrarsektor anwendbar, sofern die dort genannten Voraussetzungen für die Annahme einer nicht-wirtschaftlichen Tätigkeit (z.B. unabhängige Grundlagenforschung) vorliegen? Sofern darüber hinaus noch wirtschaftliche Tätigkeiten durchgeführt werden, wäre dann die getrennte Buchführung zu berücksichtigen.</p>	
S. 64	Art. 32 Abs. 9	FuE im Agrar- und Forstsektor	<p>„(9) Forschungsergebnisse sind Dritten breit zugänglich zu machen. Unternehmen, die</p>	<p>Es sollte sichergestellt werden, dass jeder bevorzugte Zugang zu Forschungsergebnissen oder</p>

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			beispielsweise als Aktionäre oder Gesellschafter Einfluss [...].“	Forschungskapazitäten generell auszuschließen ist.
	Art. 33 Abs 5d		Das Ausfallrisiko aufgrund natürlicher Ereignisse ist regelmäßig in den ersten fünf Jahr nach Anpflanzung deutlich erhöht. Eine spätere Nachbesserung müsste dann ggf. über Artikel 35 (Wiederherstellung von Wäldern) erfolgen und verkompliziert die Abbildung des Verfahrens.	Die aktuelle Formuierung ist nicht sinnvoll, da das Ausfallrisiko aufgrund natürlicher Ereignisse regelmäßig in den ersten fünf Jahr nach Anpflanzung deutlich erhöht ist. Eine spätere Nachbesserung müsste dann ggf. über Artikel 35 (Wiederherstellung von Wäldern) erfolgen, was die Abbildung des Verfahrens verkompliziert.
S. 66	Art. 33 Abs. 7 Buchst. d)	Beihilfen für die Aufforstung und die Anlage von Wäldern - nicht-heimische Arten	<p>„(7) Die Beihilfen dürfen nicht für die Anpflanzung folgender Bäume gewährt werden: [...] d) Arten, die in dem Gebiet nicht heimisch sind, es sei denn, die Unterstützung wird im Rahmen des GAP-Strategieplans gewährt.“</p> <p>Alternativ: „d) Arten, die in dem Gebiet nicht heimisch sind, es sei denn, die Unterstützung wird im Rahmen des GAP-Strategieplans gewährt.“ „d) Arten, die in dem Gebiet nicht heimisch an den Standort der Anpflanzung angepasst sind, es sei denn, die Unterstützung wird im Rahmen des GAP-Strategieplans gewährt.“</p>	Absatz 7 Buchst. d) ist zu streichen oder zu ändern. Es ist wissenschaftlich nicht evident, dass ausschließlich die gebietsheimischen Baumarten am besten geeignet sind, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Es ist vielmehr geboten, solche Baumarten zu verwenden, die auf die für den jeweiligen Standort zu erwartende Entwicklung des Klimas erwiesenermaßen am besten eingestellt und damit in der Lage sind, stabile und resiliente Bestände zu bilden (standortgerechte Baumarten).
	Art. 35 Abs. 5		Die Forderung nach Vorlage eines „Nachweises geeigneter Risikoinstrumente um das potenzielle	

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			<p>Auftreten des Schadensereignisses in Zukunft zu verhindern“ ist für die Forstbetriebe nicht praktikabel und für die Bewilligungsbehörden nicht administrierbar.</p> <p>Welches Risikoinstrument kann z. B. eine mehrmonatige Dürre wie 2018 mit komplexen, jahrelangen Schadfolgen verhindern?</p> <p>Die bisher praktizierte behördliche Feststellung besonderer Witterungsverhältnisse sollte ausreichen.</p>	
	Art. 35 Abs. 7		<p>Es sollte folgende Formulierung verwendet werden:</p> <p>Die geförderten Tätigkeiten oder Vorhaben nach Absatz 2 Buchstabe a bis c müssen mit dem von dem betreffenden Mitgliedstaat erstellten Waldschutzplan in Einklang stehen.</p>	<p>Diese Vorgabe sollte wie bisher nur für Maßnahmen des Waldbrandschutzes relevant sein.</p> <p>Für den übrigen Waldschutz, z. B. Bekämpfung des Borkenkäfers, ist dies nicht der Fall.</p>
S. 70	Art 36 Abs. 2 S. 2	Beihilfen für die Aufforstung und die Anlage von Wäldern - nicht-heimische Arten	<p>„(2) [...], ohne dass langfristige wirtschaftliche Vorteile ausgeschlossen werden. Arten, die in dem Gebiet nicht heimisch sind, sind von der Förderung ausgeschlossen, es sei denn, die Unterstützung wird im Rahmen des GAP-Strategieplans gewährt.“</p>	<p>Absatz 2 letzter Satz sollte gestrichen werden. Es ist nicht ersichtlich, warum diese Einschränkung hier erforderlich ist. Bei den in Absatz 4 genannten deckungsfähigen Kosten sind (soweit ersichtlich) keine Kosten für Anpflanzungen enthalten.</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				<p>Falls Kosten für Anpflanzungen deckungsfähig sind, sollte der letzte Satz geändert werden (zur Begründung siehe oben zu Art. 33 Abs. 7 Buchst. d):</p> <p>„Arten, die nicht an den Standort der Maßnahme angepasst in dem Gebiet nicht heimisch sind, sind von der Förderung ausgeschlossen, es sei denn, die Unterstützung wird im Rahmen des GAP-Strategieplans gewährt.“</p>
S. 73	Art. 40 Abs. 2 S. 1	Beihilfen für Beratungsdienste im Forstsektor	<p>Die Formulierung „Bei den betreffenden Dienstleistungen darf es sich weder um eine kontinuierliche oder regelmäßige Tätigkeit [...] handeln, [...]“ ist zu unbestimmt und muss näher erläutert werden. Es ist nicht klar, wie dieser Satz in Bezug auf die Forstlicher Zusammenschlüsse zu interpretieren ist.</p> <p>Der „Beratungsdienst“ Forstlicher Zusammenschluss erbringt für seine Mitglieder (= Waldbesitzer) Leistungen der Beratung</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			(z.B. Betreuung/Beförsterung). Dazu schließt er i.d.R. einen mehrjährigen Vertrag mit Dienstleistern (privaten Dienstleistern oder öffentlichen) ab. Zugrunde gelegt wird dabei ein Stundenvolumen für die unterschiedlichsten Dienstleistungen, die unter den Begriff der Beförsterung fallen. Es ist zu klären, ob damit eine „kontinuierliche oder regelmäßige Tätigkeit“ vorliegen könnte. Aus hiesiger Sicht erfolgt im Wald bzw. für das einzelne Mitglied erfolgt die konkrete Betreuungsmaßnahme aber nur einmal und/oder in größeren Abständen (z.B. Auszeichnen von Beständen) oder es gibt verschiedene Betreuungsleistungen auf der gleichen Fläche oder für das Mitglied. Insofern werden die Betreuungsleistungen nicht regelmäßig oder kontinuierlich erbracht, sondern nur aus konkretem Anlass bzw. bei Bedarf.	
S. 73	Art. 40 Abs. 5	Beihilfen für Beratungsdienste im Forstsektor	Die Formulierung „Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Anbieter der Beratungsdienste unparteiisch ist und sich in keinem	Gleichgelagertes Problem ergibt sich unter Rn. 550 ff. (Rn. 553) des Agrarrahmens (Beihilfen für Beratungsdienste im Forstsektor, Ziffer 2.5.).

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			<p>Interessenkonflikt befindet“ ist zu unbestimmt und muss näher erläutert werden.</p> <p>Es ist nicht klar, wie dieser Satz zu interpretieren ist. Wie kann der Mitgliedstaat dies sicherstellen? Bedeutet das, dass der Beratungsdienst Forstlicher Zusammenschluss (also seine Organe) seine Mitglieder immer unparteiisch und frei von Interessenskonflikten behandeln muss (was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist und alleine durch Satzung und nach Vereinsrecht gilt)?</p> <p>Beispiele:</p> <p>Der Vorsitzende des „Beratungsunternehmen“ Forstlicher Zusammenschluss ist Lohnunternehmer mit eigenen Maschinen, die er gerne auch in den Wäldern der Mitglieder einsetzt (oder eingesetzt sehen will). Liegt ein Interessenskonflikt vor?</p> <p>Gilt diese Vorgabe gleichermaßen auch für die mit der operativen Durchführung der Beförderung</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			beauftragen Dienstleister? D.h.: Beziehen sich diese Voraussetzungen lediglich auf das Beratungsunternehmen, welches den Zuschuss erhält, oder auch auf (private/öffentliche) Dienstleister, deren Expertise von den bezuschussten Beratungsdiensten eingekauft werden?	
S. 83	Art. 49	Beihilfen für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für unter Qualitätsregelungen fallende Baumwolle und Lebensmittel	Im Rahmen der Überarbeitung der AgrarGVO wurden bestimmte Beihilfemaßnahmen gestrichen, die bereits unter andere Beihilfenvorschriften fallen (z.B. Art. 44, 46 und 47 AgrarGVO in alter Fassung). Dadurch stellt sich jedoch die Frage, ob sich ggf. das Zusammenspiel zwischen den noch verbliebenen und teils geänderten Vorgaben des Entwurfs geändert hat. So stellt sich die Frage der Abgrenzung der Anwendungsbereiche von Art. 23 AgrarGVO (Beihilfen zur Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse) und Art. 49 AgrarGVO (Beihilfen für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für unter	

Seite KOM-Vorschlag	Artikel im KOM-Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
			Qualitätsregelungen fallende Baumwolle und Lebensmittel). Eine kurze Klarstellung wäre hier wünschenswert.	
	Art. 50 & 51		Nach der Definition von KMU gelten Gemeinden unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe als große Unternehmen. Vor diesem Hintergrund sollten die Tatbestände des Art. 50, 51 des Entwurfs der AgrarGVO wenn nicht grundsätzlich auf große Unternehmen im Allgemeinen, so doch zumindest speziell auf Gemeinden ausgedehnt werden, soweit CLLD-Projekte betroffen sind, da hier häufig Gemeinden als Antragssteller auftreten.	
S.97	Art. 9 Abs. 2 i.V mit Anhang III	Veröffentlichung und Informationen	Gemäß Anhang III Buchst. b des Entwurfs der Agrar-Freistellungsverordnung soll bei der Veröffentlichung eine Identifikationsnummer des Begünstigten genannt werden.	<ul style="list-style-type: none"> In datenschutzrechtlicher Hinsicht ist das Ansinnen erneut kritisch zu betrachten. Zur vergleichbaren Regelung in der Vorgänger-Freistellungsverordnung hatte die Prüfung des BMWI, die unter Beteiligung u.a. auch des BMJV und des BMI erfolgt war, für den Fall, dass ausnahmsweise auch personenbezogene Daten (Daten einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person) veröffentlicht werden müssen (in aller Regel betreffen die Transparenzpflichten Beihilfen an juristische Personen), zwar im Jahr 2017 ergeben, dass die Regelung als dem insoweit maßgeblichen „Vorbehalt des Gesetzes“ im Sinne von Art. 52 Abs. 1 der Charta der Grundrechte der EU genügend angesehen werden könne. Mangels

Seite KOM- Vor- schlag	Artikel im KOM- Vorschlag AgrarGVO	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	Begründung
				Rechtsprechung des EuGH zu dieser Frage verbliebe ein Risiko, welches aber nach der damaligen Stellungnahme des BMWI hinnehmbar sei. Das verbleibende Risiko dürfte sich bei einer erheblichen Absenkung der Veröffentlichungsschwelle und damit einer Vielzahl weiterer Veröffentlichungen ohne plausiblen nachvollziehbaren Grund noch verstärken.

2. MITTEILUNG DER KOMMISSION - **Rahmenregelung** für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
	Rn. 32 Nr.3		Wenn diese Definition auch für Forstmaßnahmen nach Art. 35 (Wiederherstellung nach Schäden) anzuwenden ist, wäre zu klären, auf welche Angabe im Fall von „30 % der durchschnittlichen Erzeugung“ im Forstbereich Bezug genommen werden soll. Bei Forstmaßnahmen war bisher die Zerstörung von 20 % des forstwirtschaftlichen Potentials maßgeblich.	
S. 15	Rn. 32 Nr. 15	Begriffsbestimmung	„(32) [...] Nr. 15 „Biosicherheitsmaßnahmen“: Managementmaßnahmen und physische Maßnahmen zur Verringerung des Risikos der Einschleppung, Entwicklung und Ausbreitung von Seuchen und Pflanzenschädlingen in, aus bzw. innerhalb von a) einer Tierpopulation oder b) einem Betrieb, einem Gebiet, einem Kompartiment, einem Transportmittel oder sonstigen Einrichtungen, Räumlichkeiten oder	Die Definition sollte um Pflanzenschädlinge erweitert werden, da auch hier entsprechende Maßnahmen erforderlich sein können.

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			Örtlichkeiten;“	
	Rn. 32 Nr. 20		Gemäß der Nr. 18 ist ein „Katastrophenereignis“: ein durch menschliches Handeln hervorgerufenen unvorhergesehenes Ereignis biotischer oder abiotischer Art, das erhebliche Störungen der Forststrukturen zur Folge hat und letztendlich schwere wirtschaftliche Schäden im Forstsektor hervorruft.	Es wäre beispielhaft zu klären, was unter dem Begriff „menschliches Handeln“ zu verstehen ist.
S. 18	Rn. 32 Nr. 45		„(32) [...] Nr. 45 „Pflanzenschädlinge“: Unionsquarantäneschädlinge, die in der Liste gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates geführt sind, und Schädlinge, für die die gemäß Artikel 29 und Artikel 30 der genannten Verordnung erlassenen Maßnahmen gelten und Schutzgebiet-Quarantäneschädlinge gemäß Artikel 32 Absatz 2 der genannten Verordnung, “	Die Definition sollte um Artikel 29 „Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von nicht in der Liste der Unionsquarantäneschädlinge aufgeführten Schädlingen“ sowie um Schutzgebietsquarantäneschädlinge ergänzt werden, da es sich hier um potentielle Quarantäneschädlinge (QS) bzw. um QS in einem besonders zu schützenden Gebietes handelt, deren schnelle Ausrottung oder Eingrenzung gleichgestellt werden sollte.
S. 19	Rn. 32 Nr. 52 S. 1	Begriffsbestimmung	„(32) [...] Nr. 52 „„Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“ Einrichtungen wie Hochschulen oder Forschungsinstitute, Technologietransfer-Einrichtungen,	Auf Grundlage der bisherigen Definition ist unklar, ob eine Einrichtung auch dann als „Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“ anzusehen ist, wenn diese mehrere Hauptaufgaben hat und eine davon darin

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>Innovationsmittler, forschungsorientierte physische oder virtuelle Kooperationseinrichtungen unabhängig von ihrer Rechtsform (öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich) oder Finanzierungsweise, deren Hauptaufgabe, gegebenfalls neben weiteren Hauptaufgaben, in der unabhängigen Grundlagenforschung, industriellen Forschung oder experimentellen Entwicklung besteht oder die deren Ergebnisse durch Lehre, Veröffentlichung und Wissenstransfer verbreiten;“.</p>	<p>besteht, unabhängige Grundlagenforschung, industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung zu betreiben oder die Ergebnisse derartiger Tätigkeiten durch Lehre, Veröffentlichung oder Wissenstransfer zu verbreiten. Eine Beschränkung auf eine einzige Hauptaufgabe würde den Anwendungsbereich der Definition unnötig verengen. So haben beispielsweise die deutschen Landwirtschaftskammern mehrere gesetzlich zugewiesene Aufgaben, von denen eine Aufgabe darin besteht, „die nicht pflichtschulmäßige Berufsausbildung und die berufliche Fortbildung des Berufsnachwuchses sowie die berufsbezogene Weiterbildung aller in der Landwirtschaft Tätigen durchzuführen und die Betriebe in ihrer nachhaltigen Entwicklung durch Beratung zu unterstützen;“ (vgl. § 2 Abs. 1 S. 2 Buchst. b des Gesetzes über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen - LWKG) . Als Innovationsmittler spielen die Landwirtschaftskammern eine zentrale Rolle, damit Innovationen in die Praxis gelangen. Genau das ist auch im Sinne der Farm to Fork-Strategie der Kommission. Es ist daher nicht ersichtlich, dass sie nur</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				aus dem Grunde nicht unter Art. 2 Rn. 49 fallen sollten, weil sie neben der Verbreitung von Forschungsergebnissen durch Lehre, Veröffentlichung und Wissenstransfer, noch weitere gesetzlich zugewiesene Hauptaufgaben haben. Insofern ist hier eine Klarstellung geboten.
S. 25	Rn. 53	Ausnahmen vom Anreizeffekt	Es sollte eine Ausnahme für Gründungsbeihilfen für Erzeugergruppierungen und -organisationen im Agrarsektor gemäß Abschnitt 1.1.3 (Rn. 185ff.) ergänzt werden	Eine Beantragung der Gründungsbeihilfe bereits vor der Gründung ist nicht praktikabel, da die konkrete Ausgestaltung der (zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegründeten) Erzeugerorganisation meist noch nicht abgeschlossen ist. Daher sollte die Forderung aus der Stellungnahme vom 1. August 2019 aufrechterhalten werden und auch für diesen Sachverhalt weiterhin eine Ausnahmeregelung in Rn. 53 des Agrarrahmens (und Art. 6 Abs. 5 Agrarfreistellungsverordnung) gefordert werden.
S. 31	Rn. 92	Verhältnismäßigkeit der Beihilfe (3.2.3)	Bei der Bewertung der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt wird die Kommission Versicherungen berücksichtigen, die der Begünstigte abgeschlossen hat oder hätte abschließen können. Um bei Beihilfen zum	Die geforderte Eigenvorsorge wird in vielen Fällen den betrieblichen Verhältnissen nicht gerecht. Das würde die Verantwortung für das Auftreten von Naturkatastrophen und Extremwettern einseitig auf die Landwirtschaft abwälzen. Die vorgeschlagene Anpassung greift insoweit

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>Ausgleich von Verlusten infolge von einer Naturkatastrophe gleichzusetzenden widrigen Witterungsverhältnissen</p> <p>Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, darf eine Beihilfe zum Beihilfehöchstsatz nur an Unternehmen gewährt werden, für die kein Versicherungsschutz für die betreffenden Verluste möglich und für den einzelnen Betrieb bezahlbar ist. Daher sind die Begünstigten zur weiteren Verbesserung des Risikomanagements dazu anzuhalten, nach Möglichkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit immer Versicherungen abzuschließen. Dies setzt ein entsprechendes Versicherungsangebot und dessen Bezahlbarkeit für den einzelnen Landwirt voraus. Die Regeln über Beihilfeintensität sollten entsprechend flexibel ausgestaltet werden.</p>	<p>auch die Bestimmungen der Rn 359 auf, nach der von einer Kürzung der Beihilfen zum Ausgleich von Schäden infolge von einer Naturkatastrophe gleichzusetzenden widrigen Witterungsverhältnissen bei fehlendem Versicherungsschutz dann abgesehen werden kann, wenn zum Zeitpunkt des Schadenseintritts kein erschwinglicher Versicherungsschutz abgeschlossen werden konnte.</p>
S.31	Rn. 92	Verhältnismäßigkeit der Beihilfe (3.2.3)	<p>Bei der Bewertung der Vereinbarkeit der Beihilfen mit dem Binnenmarkt wird die Eigenvorsorge der Betriebe ausschließlich auf den Aspekt des Abschlusses von Versicherungen beschränkt, ohne</p>	<p>Die von den Betrieben zu ergreifenden Vorsorgemaßnahmen haben den Hauptzweck einer Risikominderung für den Fall des Eintretens von widrigen Witterungsverhältnissen. Insoweit sind auch andere</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			andere Handlungsoptionen zu betrachten. Die Formulierung in der Rahmenregelung sollte dahingehend ergänzt werden, dass eine zumutbare Eigenvorsorge auch in Form einer praktischen Prävention (z. B. Bewässerung, Hagelschutznetze) zugelassen wird und nicht ausschließlich auf den Versicherungsschutz abzielt.	Maßnahmen als der Abschluss von Versicherungen geeignet, das Schadensrisiko zu mindern.
	Rn. 83 (exemplarisch)	Wahrung der Schriftform im Rahmen der digitalen Antragstellung	Sowohl die AgrarFVO als auch der Agrarrahmen gehen nach ihrer Grundkonzeption von einem schriftlichen Verfahren im klassischen Sinne aus. So verlangt z. B. Rn. 83 des Agrarrahmens, dass die beihilfefähigen Kosten durch schriftliche Unterlagen zu belegen sind und gemäß Art. 6 Abs. 2 der AgrarFVO bedarf es eines schriftlichen Beihilfeantrages zum Nachweis des Anzeizeffektes. Zugleich verpflichtet in Deutschland das Onlinezugangsgesetz die staatlichen Behörden, den Begünstigten die Möglichkeit der elektronischen Antragstellung zu eröffnen. Diese allgemeine Entwicklung, die zudem im Einklang mit	

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			der Digitalisierungsstrategie der Union steht, sollte daher auch durch das Beihilfenrecht nachvollzogen werden. Für die vorliegenden Entwürfe wird daher um eine Klarstellung gebeten, dass auch eine elektronische Antragstellung der Schriftlichkeit im Sinne der Texte genügt.	
S. 34	Rn. 107 Buchst. c) i)	Transparenz (3.2.4)	Zu dieser Rn gelten die Ausführung zu Art. 9 Abs. 1 Buchst. c) auf Seite 32 des Entwurfs zur AgrarGVO Änderungsverordnung.	
S. 52ff.	Rn. 198 ff. (213 ff.)	Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen (1.1.4.)	„(214 – NEU) Beihilfen für Ergebnis-orientierte Zahlungen wie z.B. Carbon farming können entweder auf Basis der zusätzlichen Kosten und die Einkommensverluste berechnet werden oder sofern eine gute Begründung dargelegt wird auf Basis der zusätzlichen Kosten und einem Preis pro Tonne CO₂äq pro Hektar.“	Es sollte ein neuer Absatz unter „Beihilfefähige Kosten“ (<i>Eligible costs</i>) im Bereich Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen eingefügt werden. Es sollen nun laut Rn. 213 „ergebnisbasierte Zahlungsregelungen, wie Regelungen für eine klimaeffiziente Landwirtschaft“ (<i>result-based payments schemes, such as carbon farming schemes</i>) möglich sein. Dies begrüßen wir. Jedoch kann dies gemäß der Beihilfefähige Kosten (<i>Eligible costs</i>) nicht umgesetzt werden. Beihilfen werden weiterhin nur auf der Basis von auf der Grundlage der entstandenen zusätzlichen Kosten und

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				<p>Einkommensverluste (<i>costs incurred and income foregone</i>) berechnet. Somit ist nicht erkennbar, wie „ergebnisbasierte Zahlungsregelungen“ (<i>result-based payments</i>) möglich werden.</p> <p>Ggf. ist unter „Beihilfeintensität“ (<i>Aid intensity</i>) ein Höchstpreis je Tonne CO₂q festzulegen. Dieser Höchstpreis sollte jedoch nicht unter 100 Euro pro Tonne CO₂q liegen.</p>
	Rn. 201	Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen	<p>Als Bedingung für die Gewährung von Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen ist geregelt, dass nur die beihilfefähigen Kosten von freiwilligen Verpflichtungen förderfähig sind, die über die ab 2023 geltenden Anforderungen der erweiterten Konditionalität und der einschlägigen Grundanforderungen für den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie sonstige verpflichtende Anforderungen gemäß nationalem und Unionsrecht hinausgehen.</p> <p>Anregung: Die Anforderungen der Rdnr. 201 a) und b) sollten nicht verpflichtend sein für</p>	<p>Die bisherige Bedingung ist mit dem „New Delivery Model“ der neuen GAP und hier insbesondere im Zuge der erweiterten Konditionalität nicht mehr ausreichend begründet. Sie stützt sich auf die Annahme, dass die Direktzahlungen der 1. Säule der GAP eine hinreichende, Wettbewerbsgleichheit gewährleistende Honorierung der öffentlichen Leistungen landwirtschaftlicher Betriebe, die sich aus der erweiterten Konditionalität ergeben, darstellt. Diese Auffassung ist jedoch durch die zunehmende Bedeutung von standortgebundenen öffentlichen Leistungen bzw. Anforderungen an die Gewährung von Direktzahlungen der 1. Säule der GAP</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>standortabhängige Grundanforderungen, wenn in einem Mitgliedstaat sehr unterschiedliche Standortbedingungen (große Variationsbreite) gegeben sind, die dazu führen, dass die wirtschaftlichen Nachteile dieser Grundanforderungen zu mehr als nur unerheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Betrieben in einem Mitgliedstaat führen.</p>	<p>nicht mehr nachvollziehbar. Betriebe an Standorten mit einer höheren Dichte an Gewässern, einem größeren Umfang an kohlenstoffreichen Böden oder an Natura 2000-Gebieten erbringen beispielsweise bei gleicher Flächenausstattung und damit gleicher Einkommensgrundstützung aus der GAP eine größere öffentliche Leistung als unterdurchschnittlich betroffene Betriebe aus anderen Regionen. Ein zusätzlicher Markterlös für diese mit Mehrkosten und Ertragsminderungen verbundenen Leistungen kann im liberalisierten Agrarmarkt der EU nicht erzielt werden. Die daraus resultierenden Einkommensnachteile haben im Rahmen der erweiterten Konditionalität ein Ausmaß angenommen, dass zu Wettbewerbsverzerrungen führt und Anreize schafft, auf die Beantragung von Direktzahlungen zu verzichten, um den betrieblichen Nachteilen der Konditionalität zu entgehen. Damit würden die Ziele der GAP gefährdet bzw. nicht innerhalb der beabsichtigten Zeiträume erreicht. Vor diesem Hintergrund sollte es den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, durch nationale Beihilfen für</p>

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				Anforderungen, deren Einhaltung auch für die Gewährung von Direktzahlungen der 1. Säule gefordert ist, einen ergänzenden Anreiz für Betriebe an betroffenen Standorten zu schaffen, die Ziele der erweiterten Konditionalitäten der GAP und der einschlägigen Grundanforderungen für den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie sonstige verpflichtende Anforderungen gemäß nationalem und Unionsrecht zu erreichen.
	Rn 202 Rn. 227		Es sollte eine Anhebung des genannten Zeitraums von 24 auf 48 Monate erfolgen.	Die Befristung für nationale Beihilfen für nationale Verpflichtungen, die über das Unionsrecht hinausgehen, auf 24 Monate ist ein nicht zielführendes Hindernis für zahlreiche Zielsetzungen in der Agrar- und Umweltpolitik der europäischen Union. Sie hindert Mitgliedstaaten daran, vor einer absehbaren Einigung auf europäisch harmonisierte höhere Standards, derartige Standards auf nationaler Ebene einzuführen. Auch wenn das Ziel dieser Regelung grundsätzlich begrüßt wird, nationale Fortschritte vorrangig über freiwillige, kooperative Regelungen zu erreichen, sollten die Mitgliedstaaten angesichts der langwierigen Einigungsprozesse auf

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				europäischer Ebene hier mehr Spielraum bekommen.
S. 55	Rn. 222 ff. (Rn. 229)	Beihilfen für Tierwohlverpflichtun- gen (1.1.5.)	Transformation der Nutztierhaltung (Tierwohlstall). Unter Rn. 229 werden Bedingungen für beihilfefähige Tierwohlverpflichtungen festgelegt. Es stellt sich die Frage, ob die unter Rn. 229 Buchst. a) bis d) aufgezählten Tierwohlverpflichtungen („animal welfare commitments“) bereits die Ermöglichung des Außenklimas umfassen. Fällt dieses beispielsweise unter den Begriff „Haltungsbedingungen“ (<i>housing conditions</i>)? Im Zweifel wäre eine entsprechende Nennung des Begriffs „Außenklima“ notwendig.	
S. 49	Rn. 175 Buchst. c)	Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung – nicht beihilfefähige Kosten	Die Einfügung „sowie nationaler Normen“ sollte gestrichen werden.	Gemäß des Agrarrahmens waren bereits bisher „Kosten für Investitionen zur Erfüllung geltender Unionsnormen“ nicht beihilfefähig. Laut Vorschlag der KOM sollen künftig auch „Kosten für Investitionen zur Erfüllung [...] nationaler Normen“ nicht beihilfefähig sein. Dem wird widersprochen. Rn. 175 Buchst. c ist im Zusammenhang mit der Begriffsbestimmung von „Investitionen zur Erfüllung einer Unionsnorm“ in Rn. 32 Ziffer 37 zu lesen. Damit gemeint sind „Investitionen, die zur Erfüllung einer

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				Unionsnorm nach Ablauf der im Unionsrecht vorgesehenen Übergangsfrist getätigt werden“. Es geht also nicht darum, Beihilfen für Vorhaben auszuschließen, die im Einklang mit dem Unions- oder nationalen Recht stehen. Sondern es geht darum, Beihilfen für Vorhaben auszuschließen, die einer „verspäteten“ Anpassung an neue Vorgaben aus dem Unionsrecht dienen. Da die Prüfung dieser Fördervoraussetzung für die Bewilligungsstelle bereits eine Herausforderung ist (die Zuständigkeit für die Prüfung, ob Anforderungen z. B. des Hygienerechts (fristgerecht) erfüllt werden liegt eher bei den Kontrollbehörden und nicht bei der Bewilligungsstelle), sollte die Prüfung nicht noch durch eine Ausdehnung des Förderausschlusses auf (verspätete) Umsetzung nationaler Normen verkompliziert werden
S. 51	Rn. 194 Buchst. c)	Gründungsbeihilfen für Erzeugergruppierungen – beihilfefähige Kosten	Der Verweis auf Art. 152 Abs. 3 GMO sollte durch einen Verweis auf Art. 161 Abs. 1 Buchst. a GMO ersetzt werden.	Art. 152 Abs. 3 GMO bzgl. der Ziele von Erzeugerorganisationen’ im Milchsektor wurde bereits 2017 durch Artikel 161 Abs. 1 Buchst. a GMO ersetzt.

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
S. 55	Rn. 222 ff. (Rn. 229)	Beihilfen für Tierwohlverpflichtungen (1.1.5.)	<p>„(229) Für Beihilfen infrage kommende Tierwohlverpflichtungen müssen verbesserte Standards der Produktionsmethoden in einem der nachfolgenden Bereiche a) bis c), jedoch verpflichtend d) bieten:</p> <p>[a) auf die natürlichen Bedürfnisse der Tiere abgestimmte Wasser- und Futterversorgung und Pflege;</p> <p>b) Haltungsbedingungen wie höheres Platzangebot, Bodenbeläge, Einstreu, natürliches Licht;</p> <p>c) Zugang zu Auslauf im Freien;</p> <p>d) Vermeidung von Verstümmelung und/oder Kastration der Tiere oder Verwendung von Betäubungsmitteln, schmerzstillenden Mitteln und entzündungshemmenden Arzneimitteln oder Immunokastration in den Fällen, in denen die Verstümmelung oder Kastration der Tiere erforderlich ist.]“</p>	<p>Aus den in Rn. 229 aufgeführten Tierwohlverpflichtungen muss mind. ein Bereich ausgewählt werden. Vorschlag wäre, in Rn. 229 den Buchstabe d) nicht als Option sondern als verpflichtendes Kriterium vorgeben.</p> <p>Aus Tierschutzsicht unterscheiden sich die hier aufgeführten Bereiche erheblich voneinander. Da es in vielen Bereichen bereits Lösungsansätze für den Verzicht auf die nicht-kurativen Eingriffe/„Verstümmelungen“ (z.B. Schwänzekupieren beim Schwein, Schnabelkupieren bei Legehennen) bzw. Narkoseverfahren (z.B. Ferkelkastration, Enthornen) gibt, sollte die in Rn 229 Buchstabe d aufgeführte Anforderungen nicht optional sondern verpflichtend im Rahmen einer „Tierschutzförderung“ sein.</p>

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
S. 56	Rn. 222 ff. (Rn. 237)	Beihilfen für Tierwohlverpflichtungen (1.1.5.)	„(237) Die Beihilfen müssen je Hektar oder je Einheit gezahlt werden. In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten die Unterstützung als Pauschalbetrag je Einheit gewähren.“	Es scheint ein Übersetzungsfehler vorzuliegen. In der deutschen Fassung ist angegeben, dass die Beihilfen „je Hektar“ gezahlt werden sollen (in der englischen Fassung: „ <i>per unit</i> “). Je Hektar erscheint nicht sinnvoll, da in der Regel (Stall-)Haltungssysteme oder Managementmaßnahmen etc. gefördert werden. Gefördert werden sollte also entweder der Anteil einer Investition oder je Großvieheinheit etc.
	Rn.245		Rn. 245 sollte wie folgt ergänzt werden: „Auch Einkommensverluste aufgrund der Einhaltung von Pufferstreifen nach GLÖZ-Standard Nr. 4 können ausgeglichen werden, soweit nicht der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Düngemitteln aufgrund sonstiger nationaler Regelungen oder Unionsnormen ohnehin verboten ist.“	
S. 58	Rn 257 ff. (Rn. 259)	Beihilfen für den ökologischen/biologischen Landbau (1.1.8.)	„(259) Die Beihilfen können Unternehmen oder Zusammenschlüssen von Unternehmen gewährt werden, die sich freiwillig verpflichten, ökologische/biologische Bewirtschaftungsverfahren und -methoden gemäß	Der Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 834/2007 ist veraltet. Seit 1.1.2022 gilt die neue EU Öko-Basisverordnung: Verordnung (EU) 2018/848.

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 (EU) 2018/848 des Rates einzuführen oder beizubehalten.“	
S. 60	Rn 257 ff. (Rn. 271)	Beihilfen für den ökologischen/biologi- schen Landbau (1.1.8.) - Beihilfeintensität	„(271) Die Beihilfen müssen auf 100 120 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt sein.“	<p>Zurzeit ist die Beihilfeintensität für ökologischen /biologischen Landbau auf 100 % begrenzt. Die vorgeschlagene Rahmenregelung zielt darauf ab, mehr Anreize für umwelt- und klimafreundliche (Wald-)Bewirtschaftungsmaßnahmen (sogenannte Waldumwelt und Klimaleistungen) zu geben, indem die Beihilfehöchstintensität für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Biodiversität, Klima, Wasser oder Boden sowie für Bewirtschaftungssysteme für eine klimaeffiziente Land- und Forstwirtschaft auf 120 % der beihilfefähigen Kosten angehoben wird.</p> <p>Im Rahmen der Farm-to-Fork Strategie wird betont, dass ein gelungener Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem entscheidend ist und dass hierzu insbesondere die Anstrengungen der Landwirte zur Bekämpfung des Klimawandels, zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung der Biodiversität gestärkt werden müssen.</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				<p>In seiner EntschlieÙung vom 15. Januar 2020 zum europäischen Grünen Deal hat das Europäische Parlament das Potenzial der Landwirtschaft betont, durch nachhaltige Verfahren wie die ökologische/biologische Produktion zur Verringerung der Emissionen der EU beizutragen. In seinen Schlussfolgerungen vom 19. Oktober 2020 zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ hat der Rat die Rolle der ökologischen/biologischen Landwirtschaft für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem hervorgehoben. Laut EU-Öko-Atkionsplan sind Anreize auf Erzeugerseite erforderlich, um das in der Farm-to-Fork sowie der Biodiversitätsstrategie genannte Ziel zu erreichen, die Öko-Fläche bis zum Jahr 2030 auf 25 % auszudehnen.</p> <p>Daher sollte geprüft werden, ob die Beihilfeintensität für ökologischen/biologischen Landbau nicht gleichermaßen auf 120 % erhöht werden kann, da die gleichen Ziele adressiert werden wie unter Rn. 544 (Beihilfen für Waldumwelt- und -klimaleistungen und die Erhaltung</p>

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				von Wäldern).
S. 66	Rn. 311	Beihilfen für die Zusammenarbeit im Agrarsektor	Anstatt: „solange ausschließlich der Agrarsektor von der Zusammenarbeit profitiert“ Sollte z. B. formuliert werden „solange der Agrarsektor wesentlich von der Zusammenarbeit profitiert“	Die Formulierung „ausschließlich“ könnte in der Praxis häufig ungewollt zu Förderausschlüssen führen, weil von einigen Projekten auch Akteure außerhalb des Agrarsektors profitieren (z. B. würden von den speziell angesprochenen kurzen Versorgungsketten und Entwicklung lokaler Märkte auch die Verbraucher profitieren, ebenso von Klima- und Umweltprojekten...).
S. 74	Rn. 360 ff. (Rn. 361)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden (1.2.1.3)	„(361) Dieser Abschnitt gilt für Unternehmen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind sowie Unternehmen, die mit Pflanzen handeln und der Pflanzenschädlingen in gehandelten Pflanzen auftritt. “	Es sollte geprüft werden, ob ggf. auch Unternehmen, die auch mit Pflanzen handeln und der Schädling in gehandelten Pflanzen auftritt unter diese Regelung fallen könnten. Insbesondere Baumschulen oder Gärtnereien verkaufen neben eigen erzeugten Pflanzen auch andere Pflanzen. Unter Umständen kann das Auftreten eines Schädlings auf gehandelten Pflanzen auch drastische Folgen für den Produktionsbetrieb haben.
S. 75	Rn. 360 ff. (Rn. 368)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden (1.2.1.3)	Siehe Ausführungen in Bezug auf Beihilfen für andere nicht in Anhang III gelisteten Tierseuchen unter Art. 25 Abs. 4 Buchst. a) und b) auf S. 55 des Entwurfs der AgrarGVO.	

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
S. 74	Rn. 360 ff. (Rn. 362)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden (1.2.1.3)	„(362) Die Beihilfen dürfen nur gezahlt werden, wenn alle nachstehenden Punkte zutreffen: [...] b) als Teil eines der folgenden Programme/Maßnahmen: [...] iii) „Maßnahmen, die gemäß Artikel 17 , Artikel 28 Absätze 1 und 2, Artikel 29 oder Artikel 33 der Verordnung (EU) 2016/2031 zur Tilgung oder Eindämmung eines Pflanzenschädlings durchgeführt werden, oder“	Maßnahmen gemäß Art. 29 und Art. 33 Verordnung (EU) 2016/2031 sollten gleichgestellt werden.
S. 75	Rn. 360 ff. (Rn. 368)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden (1.2.1.3)	Unter Rn. 368 werden parallel zu Art. 25 Abs. 4 AgrarGVO (Entwurf) bestimmte Bedingungen für eine Beihilfengewährung festgelegt. Jedoch sind in Art. 25 Abs. 4 AgrarGVO (Entwurf) Tierseuchen und Pflanzenschädlinge angesprochen. Rn. 368 beschränkt diese Bedingungen jedoch allein auf Tierseuchen. Ist dieses Vorgehen so beabsichtigt? Gibt es zu diesem Vorgehen bestimmte Begründungen?	
	Rn. 368		Rn. 368 des Agrarrahmens sowie Art. 25 Abs. 4 AgrarGVO enthalten ungleiche Anforderungen: <ul style="list-style-type: none"> Nach Art. 25 Abs. 4 AgrarGVO müssen die 	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>Voraussetzungen a) und b) kumulativ erfüllt sein („und“). Rn. 368 des Agrarrahmens lässt dies offen, sodass unklar bleibt, ob hier jeweils nur die Anforderung aus a) oder b) erfüllt sein muss.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 25 Abs. 4 a) AgrarGVO stellt konsequent immer auf den „Landwirt“ ab, es wird also eine Einzelfallprüfung gefordert. Rn. 368 a) des Agrarrahmens stellt zunächst auf die „Landwirte“ ab, im weiteren Satzverlauf dann aber auf den „Landwirt“. Um Missverständnissen vorzubeugen, wären klare bzw. einheitliche Begrifflichkeiten vorzugswürdig. <p>Zu Rn. 368 a) des Agrarrahmens bzw. Art. 25 Abs. 4 a) AgrarGVO:</p> <p>Wenn die Jahreserzeugung bzw. das Jahreseinkommen für drei oder fünf Jahre in jedem Einzelfall geprüft werden muss, ist das im Vollzug nicht praktikabel. Der Darlegungsaufwand für den Landwirt ist sehr hoch sowie die Überprüfbarkeit durch die Tierseuchenkasse schwierig. Es besteht</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>eine sehr hohe Schwelle durch die 30 %-Grenze. Man müsste stets abwarten, bis die neue Tierseuche entsprechend hohe Schäden bei einem Tierhalter angerichtet hat, bevor eine Beihilfe geleistet werden dürfte. Diese Beihilfe wäre damit ein reiner Schadensausgleich. Nach den übergeordneten Zielen des deutschen TSK-Systems soll allerdings die Mitarbeit der Tierhalter, Prävention und eine möglichst frühzeitige Seuchenbekämpfung gefördert werden. Wenn zunächst ein hoher Schaden abgewartet werden muss, ist ein schnelles Handeln zur Förderung einer frühzeitigen Seuchenbekämpfung und Prävention jedoch nicht möglich.</p> <p>Zu Rn. 368 b) des Agrarrahmens bzw. Art. 25 Abs. 4 b) AgrarGVO:</p> <p>Die Vorgaben für die finanzielle Absicherung, die Tierhalter getroffen haben müssen, sind an Versicherungssystemen orientiert. Die Jahresproduktion bzw. -einnahmen sind dagegen keine Bemessungsgrundlage für die</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			Tierseuchenkassenbeiträge. Durch die fehlende Kompatibilität dieser Voraussetzung mit dem deutschen TSK-System wird die gesamte Norm - falls a) und b) kumulativ anzuwenden sind - praktisch unanwendbar.	
S. 76	Rn. 360 ff. (Rn. 373)	Beihilfen zu den Kosten für [...] von Tierseuchen [...] entstandenen Schäden (1.2.1.3)	Die Regelung und Bedingungen unter Rn. 373 bleiben relativ unklar durch die Verweise auf Rn. 374 sowie Rn. 375 sowie die unterschiedlichen Bedingungen, von dem Grundsatz einer bezuschussten Dienstleistung abzuweichen. So ist u.a. unklar, ob der Marktwert (Rn. 374 Buchst. a) der vernichteten Pflanzen in Form von bezuschussten Dienstleistungen zu gewähren ist. Hier sollten die Bezüge noch einmal insgesamt überprüft werden. Es könnte ganz grundsätzlich auf die Bestimmung, dass nur über bezuschusste Dienstleistung eine Förderung möglich sei, verzichtet werden.	
S.77	Rn 377 a und b	Bezug zu Rn 374	„Sie hat im Falle einer Tierseuche den Ausbruch förmlich anerkannt amtlich bestätigt	Angleichung der Begrifflichkeit
	Rn.394		Neben der Bestimmung der Höhe der Verluste	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>wäre vor allem auch die Festlegung, welche entgangenen Einnahmen unter dem Begriff „Einkommensverlust“ zu fassen wären, aufgrund einer möglicherweise weitreichenden Auslegung des Begriffs äußerst schwierig. Zum anderen würden mit Aufnahme dieser weiteren Kostenart bei den Betroffenen entsprechende Begehrlichkeiten geweckt, und einen Rechtfertigungsdruck zu Lasten des Staates nach sich ziehen, wenn der Ausgleichstatbestand nicht umgesetzt wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht jegliche Verantwortung für durch geschützte Tiere verursachten Schäden auf den Staat verlagert werden sollte. Die Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Nutztierhalter gegenüber den Einflüssen der Natur würde demgegenüber geschwächt.</p> <p>Erweiterung der Aufzählung: „indirekte Kosten“: Tierarztkosten für die Behandlung verletzter Tiere und Arbeitskosten für</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			die Suche nach vermissten Tieren, Einkommensverluste aufgrund niedrigerer Produktionserträge im Zusammenhang mit Angriffen durch geschützte Tiere sowie Mehraufwendungen (wie z.B. Nachsaatkosten, Trocknung des Saatgutes im Zusammenhang mit Fraßschäden durch nordische Gastvögel).“	
	Rn.400		Es wird eine Klarstellung angeregt, ob hier lediglich die neu hinzukommenden Einkommensverluste aufgrund niedriger Produktionserträge begrenzt werden sollen, nicht aber andere indirekte Kosten (wie Tierarztkosten, Transportkosten), deren Beihilfehöchstintensität zuletzt mit Änderung des Agrarrahmens in 2018 ausdrücklich von 80 % auf 100 % erhöht wurde.	
	Rn.427		Begünstigte von Beihilfen im Sinne dieses Abschnitts müssen sich rechtlich verbindlich verpflichten, dass sie die betreffende Tätigkeit nicht andernorts ausüben werden. Anregung: Zur Klarstellung sollte hinzugefügt werden, dass bei Beihilfen, die eine Stilllegung von	

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			Produktionskapazitäten auf Flächen mit bestimmten Standorteigenschaften unterstützen, das Verbot einer (Wieder)Aufnahme der eingestellten Tätigkeit andernorts nicht gilt, wenn einer Aufnahme der Tätigkeit an dem anderen Standort die Zielsetzung der Maßnahme nicht beeinträchtigt.	
	Rn. 431		Die Regelung fordert bei „offenen Nutzflächen“, die mit Hilfe von Beihilfen aus der Produktion genommen werden, eine Aufforstung oder Umwandlung in „Naturgebiete“ oder „Erhaltung in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“. Anregung: Von den genannten Pflichten sollten offene Nutzflächen ausgenommen werden, auf denen andere Pflanzen als landwirtschaftliche Nutzpflanzen z. B. in Form von Paludi-Kulturen wachsen, ohne dass es sich dabei um Naturgebiete im Sinne der Regelung handelt.	
S. 86 ff.	Rn. 454 ff.	Beihilfen zur Absatzförderung für	In der deutschen Fassung scheinen verschiedene innere Bezüge zu einzelnen Rn. nicht zu stimmen.	

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
		landwirtschaftliche Erzeugnisse (1.3.2.)		
S. 88 f.	Rn. 454 ff. (Rn. 466 f.)	Beihilfen zur Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse (1.3.2.)	Rn. 467 Buchst. b bedarf einer Überprüfung, denn sie ist so formuliert, dass sie sich ausschließlich auf Qualitätsregelungen gem. Verordnung Nr. 1151/2012 – außer denen im dortigen Teil II – bezieht. Angesichts des Verweises von Rn. 467 auf „Qualitätsregelungen gemäß Randnummer 460 Buchstabe“ (gemeint sein dürfte Rn. 57 Buchst. a und damit Rn. 277) sowie angesichts des Entwurfs für Art. 23 Abs. 3 UAbs. 2 AgrarGVO könnte hier in Wahrheit etwas anderes gemeint sein, z.B.: „b) betrifft die Absatzförderungsmaßnahme Erzeugnisse, die unter andere Qualitätsregelungen als die Regelungen für von der Union anerkannte Bezeichnungen gemäß Titel II der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 fallen, kann...“.	Der Entwurf der Kommission sieht unter Rn. 466 f. Konkretisierungen bzw. Änderungen vor, die dem DEU Anliegen einer Erleichterung der beihilferechtlichen Vorschriften für Informationskampagnen entgegenstehen. Unter bestimmten Voraussetzungen sollten staatliche oder staatlich unterstützte Informationskampagnen zu regionalen Wertschöpfungsketten, regionalen Produkten oder regionalen Vermarktungsinitiativen möglich sein.
	Rn 501		Satz 4 führt aus, dass Anlagekosten auch die Ersetzung von im ersten Jahr abgestorbenen Pflanzen umfassen. Diese Formulierung entspricht damit inhaltlich Art. 33 der Agrarfreistellungs-VO.	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			<p>Diese Formulierung berücksichtigt damit nur Nachbesserungen (nochmalige Pflanzung nach Ausfällen, z. B. infolge von Dürree) im Jahr der Anlage der Kultur.</p> <p>Eine spätere Nachbesserung soll dann ggf. über Rd. Nr. 2.1.3 (Wiederherstellung von Wäldern) erfolgen, was die Abbildung des Verfahrens verkompliziert</p> <p>Rd. Nr. 501 soll wie folgt gefasst werden:</p> <p>Die Beihilfen dienen zur Deckung der Kosten für die Anlage von Wäldern und bewaldeten Flächen auf landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Flächen. Ferner können Beihilfen in Form einer jährlichen Hektarprämie zum Ausgleich landwirtschaftlicher Einkommensverluste und zur Deckung der Erhaltungskosten, einschließlich früher oder später Läuterungen, gewährt werden. Die Kosten für</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			Ausrüstung zur Aufforstung und Anlage von Wäldern können nur gemäß Abschnitt 2.1.5 gefördert werden. Die Anlagekosten können auch die Ersetzung von <u>in den ersten fünf Jahren nach Aufforstung</u> abgestorbenen Pflanzen umfassen. Die Erhaltungskosten können auch die Ersetzung von abgestorbenen Pflanzen in kleinerem Umfang in den ersten Jahren nach der Anpflanzung umfassen. Die Kosten für die Ersetzung von abgestorbenen Pflanzen in größerem Umfang können nur gemäß Abschnitt 2.1.3 gefördert werden.	
S. 96	Rn. 511 ff. (Rn. 512 Buchstb. d) S. 2)	Beihilfen für die Vorbeugung gegen Schäden und die Wiederherstellung [...] im Zusammenhang mit dem Klimawandel [...] (2.1.3.)	Unter Rn. 512 Buchst. d) S. 2 wird der Begriff „Tierseuchen“ aufgenommen. Ist die Verwendung dieses Begriffs hier an dieser Stelle beabsichtigt?	
S. 97	Rn. 511 ff. (Rn. 517)	Beihilfen für die Vorbeugung gegen	Gemäß Rn. 517 dürfen für Einkommensverluste infolge von Waldbränden, Naturkatastrophen,	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
		Schäden und die Wiederherstellung [...] im Zusammenhang mit dem Klimawandel [...] (2.1.3.)	<p>einer Naturkatastrophe gleichzusetzenden widrigen Witterungsverhältnissen, sonstigen widrigen Witterungsverhältnissen, Pflanzenschädlingen, Katastrophenereignissen und Ereignissen im Zusammenhang mit dem Klimawandel keine Beihilfen gewährt werden.</p> <p>Ist das wirklich so gewollt? Sollen keine Beihilfe möglich sein im Falle von Einkommensverlusten im Zusammenhang mit dem Klimawandel? Bei welchen Schäden kann ausgeschlossen werden, dass es sich um Folgen des Klimawandels handelt? Hier wäre eine Präzisierung hilfreich und notwendig.</p>	
	Rn. 515		<p>Rn. 515 verweist darauf, dass die geförderten Tätigkeiten oder Vorhaben mit dem von dem betreffenden Mitgliedstaat erstellten Waldschutzplan in Einklang stehen müssen.</p> <p>Die Formulierung in Rn. 515 sollte gestrichen werden.</p>	<p>Diese Vorgabe sollte wie bisher nur für Maßnahmen des Waldbrandschutzes relevant sein.</p> <p>Für den übrigen Waldschutz, z. B. Bekämpfung des Borkenkäfers, ist dies nicht der Fall.</p> <p>(Analoge Sachlage zu Agrarfreistellungs-VO Art. 35 Abs.</p>

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				7)
S. 99	Rn. 531 ff. (Rn. 532)	Beihilfen für gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen in Waldgebieten ergeben (2.2.)	<p>Warum wird der Begünstigte („beneficiary“) nur hier unter Ziffer. 2.2. näher definiert?</p> <p>Welche Definition gilt für die übrigen Tatbestände in Kapitel 2 (Beihilfen im Forstsektor)? Unter Berücksichtigung der Formulierung von 2.2. sollte hier eine klare Regelung getroffen werden.</p> <p>Im Agrarrahmen (aF) hieß es dazu unter Ziff. 2.1.2 (Rn. 515): „Beihilfeempfänger; Die Beihilfen können privaten Landbesitzern, Gemeinden und Gemeindeverbänden und deren Vereinigungen gewährt werden.“ Die Beihilfeempfänger werden nun nicht mehr in den einzelnen Förderbereichen genannt.</p> <p>Welcher Personenkreis ist unter Rn. 532 mit Waldbewirtschaftern („forest managers“) gemeint? Hierzu wäre eine Legaldefinition hilfreich.</p>	

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
S. 100	Rn. 537 ff. (Rn. 540 Buchst. a) S. 3)	Beihilfen für Waldumwelt- und - klimaleistungen und die Erhaltung von Wäldern (2.3.)	<p>„(540) [...] a) [...] Die Beihilfen können gemeinsame Regelungen und ergebnisbasierte Zahlungsregelungen, wie Regelungen für eine klimaeffiziente Landwirtschaft, umfassen, um Begünstigten einen Anreiz dafür zu geben, in größerem Maßstab oder messbar für eine deutliche Verbesserung der Umweltqualität zu sorgen. [...]“</p> <p>„(540) [...] a) [...] The aid may cover collective schemes and result-based payments schemes, such as carbon farming schemes, to encourage beneficiaries to deliver a significant enhancement of the quality of the environment at a larger scale or in a measurable way. [...]“</p>	<p>Es ist unklar, wie KOM ein „<i>significant enhancement of the quality of the environment at a larger scale or in a measurable way</i>“ bemessen wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was bedeutet „<i>significant</i>“ hinsichtlich der Erhöhung? • Ab welchem Maßstab („<i>larger scale</i>“) ist die Verbesserung erreicht? • Sind „<i>enhancement</i>“ und „<i>at a larger scale</i>“ nicht identisch? • An welchen Anhaltspunkten bzw. „<i>Baselines</i>“ wird sich die Kommission bei der Bewertung orientieren, wie ist der Nachweis zu führen (warum „<i>or measurable way</i>“)? <p>Ist geplant, für den Nachweis der erhöhten Kohlenstoffspeicherung hier auch die Anforderungen des „Carbon Farming Schemes“ zugrunde zu legen?¹ Die</p>

¹ Siehe Mitteilung der Europäischen Kommission „**Sustainable Carbon Cycles** (SWD(2021) 450 final) vom 15.12.2021, S. 20:

„The accounting and certification rules should therefore set scientifically robust requirements in terms of measurement quality, monitoring standards, reporting protocols and verification means. This framework should moreover ensure environmental integrity and prevent negative impacts on biodiversity and ecosystems, especially when concerning resource or energy intensive industrial solutions.“

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
				Vorschläge zu „Carbon Farming“ sehen keine Mindestserhöhung / spezielle Skalierung der Kohlenstoffspeicherung vor.
S. 14	Rn. 32 Nr. 19	Begriffsbestimmung	Der Begriff „Carbon Farming“ findet sich in der DEU Fassung wie folgt übersetzt: Rn. 32 Nr. 19, Rn. 213 und Rn. 540 Buchst. a) als „klimaeffiziente Landwirtschaft“. Rn. 540 Buchst. b) und Rn. 544 Buchst. a) nennen „klimaeffiziente Forstwirtschaft“. In den allgemeinen Begriffsbestimmungen (Rn. 32 Nr. 19) wird nur der Begriff „klimaeffiziente Landwirtschaft“ erläutert als „verbesserte Landbewirtschaftungsmethoden,	KOM wird gebeten, den Unterschied zwischen „klimaeffiziente Landwirtschaft“, „klimaeffiziente Landbewirtschaftung“ und „klimaeffiziente Forstwirtschaft“ zu erläutern sowie den Bezug zu den in der Mitteilung „Sustainable Carbon Cycles“ verwendeten Begriffen der „Carbon farming practices/improved land management practices“. ²
S. 53	Rn. 213	Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen		
S. 100	Rn. 540 Buchst. a) und	Beihilfen für Waldumwelt- und -		

² Siehe Mitteilung der Europäischen Kommission „Sustainable Carbon Cycles“ (SWD(2021) 450 final) vom 15.12.2021, S. 5:

„**Carbon farming practices**: The potential for carbon removals, emission reductions and protection of existing carbon stocks varies according to bioclimatic conditions and, furthermore, strongly depends on site conditions such as topography, soil type, and past and current land use practices. Although very site-dependent in application, the following are effective examples of **improved land management practices** that result in the increase of carbon sequestration and in most cases in co-benefits for ecosystems and biodiversity:

- Afforestation and reforestation that respect ecological principles favourable to biodiversity and enhanced sustainable forest management including biodiversityfriendly practices and adaptation of forests to climate change;
- Agroforestry and other forms of mixed farming combining woody vegetation (trees or shrubs) with crop and/or animal production systems on the same land;
- Use of catch crops, cover crops, conservation tillage and increasing landscape features: protecting soils, reducing soil loss by erosion and enhancing soil organic carbon on degraded arable land;
- Targeted conversion of cropland to fallow or of set-aside areas to permanent grassland;
- Restoration of peatlands and wetlands that reduces oxidation of the existing carbon stock and increases the potential for carbon sequestration.”

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
	Buchst. b)	klimateistungen und die Erhaltung von Wäldern (2.3.)	die zur Kohlenstoffbindung in lebender Biomasse, toter organischer Substanz und Böden führen, indem die CO2-Abscheidung verbessert und/oder die Freisetzung von Kohlenstoff in die Atmosphäre verringert wird“.	
S. 102	Rn. 550 ff. (Rn. 557)	Beihilfen für Beratungsdienste im Forstsektor (2.5.)	Die Formulierung „Die Beihilfeintensität muss auf 100 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt sein, und die Beihilfen dürfen innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren 200 000 EUR pro Unternehmen nicht überschreiten.“ ist zu unbestimmt und muss näher erläutert werden. Es ist nicht klar, wer das „Unternehmen“ ist. Von hiesiger Seite ist davon auszugehen, dass hier der einzelne Forstbetrieb/Waldbesitzer und nicht der Beratungsdienst Forstlicher Zusammenschluss gemeint ist.	
S. 104	Rn. 558 ff. (Rn. 566)	Beihilfen für die Zusammenarbeit im Forstsektor (2.6.)- Begrenzung der	„(566) Die Beihilfen müssen auf einen Zeitraum von höchstens sieben Jahren begrenzt sein, es sei denn, es handelt sich um Tätigkeiten gemäß Randnummer 559 561 Buchstaben c, f und g , und	Die neue Regelung sieht vor, dass die Zusammenarbeit von kleinen Wirtschaftsbeteiligten („ <i>small scale operators</i> “, Rn. 561 c) förderfähig sein soll. Nun ist deren strukturelles Problem nach 7 Jahren der Zusammenarbeit

Seite KOM-Vorschlag	Rn. im KOM-Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
		Beihilfe auf 7 Jahre	in hinreichend begründeten Fällen gemeinsame Umwelt- und Klimamaßnahmen zur Verwirklichung der spezifischen umwelt- und klimabezogenen Ziele gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben d, e und f der Verordnung (EU) XXX [VO über die Strategiepläne].“	<p>aber nicht gelöst, sie sind dann immer noch klein, profitieren von einer Zusammenarbeit und sollten weiterhin förderfähig sein.</p> <p>Maßnahmen zum Klimaschutz (Rn. 561 f) sollten ebenfalls länger als 7 Jahre förderfähig sein; der Green Deal fordert Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 (also mehr als 7 Jahre) und bis dahin werden auch gemeinsame Aktivitäten von Waldbesitzern nötig sein (darauf verweist ja auch der 2. Teilsatz von Rn. 566).</p>
	Rn. 579 ff. (Rn. 581 S. 2)	Andere Beihilfen für den Forstsektor mit Umwelt-, Schutz- und Freizeitzielen (2.8.)	<p>„(581) [...] Es dürfen keine Beihilfen für [...] gewährt werden [...] oder für Wiederaufforstungsmaßnahmen, wenn gefälltte Bäume durch gleichwertige Bäume ersetzt werden.“ ist zu unbestimmt und muss näher erläutert werden.</p> <p>Was sind „gleichwertige Bäume“ („<i>equivalent ones</i>“) im Sinne dieser Vorschrift? (Bei gleicher Baumart müsste es doch eigentlich „gleich“ bzw. „<i>same</i>“ heißen?)</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
	Rn.617		der Verweis in Rdnr. 617 müsste richtigerweise „616“ statt „614“ lauten	
S. 113	Rn. 631 ff. (Rn. 636)	Anwendung der Rahmenregelung (4.)	<p>Die Formulierung „Im Einklang mit Artikel 108 Absatz 1 AEUV empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, ihre bestehenden Beihilferegelungen bis spätestens 30. Juni 2023 an die vorliegende Rahmenregelung anzupassen.“ ist zu unbestimmt und muss näher erläutert werden.</p> <p>Müssen „lediglich“ betroffene Beihilferegelungen (d.h. Förderrichtlinien) inhaltlich angepasst werden, so dass sie der neuen Rahmenregelung entsprechen? Oder müssen die an die neue Rahmenregelung angepasst – unter dem alten Rahmen notifizierten – Förderrichtlinien zusätzlich auch neu von der Kommission genehmigt werden (d.h. ist ein neues Notifizierungsverfahren notwendig)?</p> <p>Bei der aktuellen Rahmenregelung (2014) betrug</p>	

Seite KOM- Vor- schlag	Rn. im KOM- Vorschlag	Thema bzw. Förderbereich	Vorschlag bzw. Anmerkung	ggf. Begründung
			die Frist zur Anpassung noch ein Jahr. Warum wird von der Kommission hier die Anpassung innerhalb eines halben Jahres vorgeschlagen (bis spätestens 30. Juni 2023)?	